Einen anderen {改道} Weg gehen...

N°31 - 07.2013

GĂIDÀO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

FdA

FDA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Rückblick auf die Anarchistische Balkanbuchmesse
Die Aufstände in Taksim | Stockholm Riots
Thesen zu Homosexualität und Homophobie uvm.

改道 02 [改道] Gai Dào
N°31 - Juli 2013

Editorial

Hallo Menschen,

zunächst ein Hinweis in eigener Sache: In der letzten Ausgabe hatten wir im Editorial einen Artikel zu Litauen versprochen, der schließlich im Heft nicht enthalten war. Dieses Interview findet ihr leider erst in der Augustausgabe!

Exklusiv für diese Ausgabe wurde von türkischsprachigen Genoss*innen ein Text über die Protestbewegung in der Türkei verfasst und übersetzt – ein Rückblick auf das Wesen und die Entwicklung des Aufstandes, von Aufständigen formuliert.
In diesem Heft schließen wir die Analyse der gegenwärtigen Situation in Russland mit dem zweiten und letzten Teil ab. Fortgeführt wird die Reihe "Anarchismus und Judentum", ebenso wie die Diskussion, die der Artikel "Kritik des Anarchoprimitivismus" aus der April-Ausgabe angestoßen hat: "Avec lAnarchisme contre la Barbarie". Wir freuen uns, dass die GAIDAO als Diskussionsorgan wahrgenommen und genutzt wird und wollen euch an dieser Stelle noch einmal explizit dazu ermuntern.
Zu den Riots in Schweden gibt es einen Artikel von Gabriel Kuhn, der dort auch zeitweise gelebt hat. Wir möchten darauf hinweisen, dass der Text Teil einer zeitschriftenübergreifenden Kooperation mit der "Direkten Aktion" und der "analyse und kritik" ist, die in ihren aktuellen Ausgaben ebenfalls Beiträge zum Thema haben.
Im Rückblick auf die Ende Mai stattgefundene anarchistische Balkanbuchmesse in Ljubljana wurden Mitglieder der ausrichtenden FAO zu ihren Bewertungen und Eindrücken interviewt – auf dass diese wichtige Institution weiter wächst und sich verstetigt!
Einen etwas ungewöhnlichen Blickwinkel auf Euro-"Krise" und Euro-"Rettung" nimmt Amelie Lanier ein, indem sie diesen Problemkomplex ausgehend von der Staatsauffassung Stirners untersucht – und so die eine oder andere zugekleisterte Hirnzelle möglicherweise zu neuem Leben erweckt. Von der Gruppe „Kritik im Handgemenge" aus Bremen werden 13 Thesen zu Homosexualität und Homophobie vorgestellt.

Alles in allem ist es also wieder eine breite Themenpalette geworden und wir hoffen, dass für jede*n was interessantes dabei ist.

Eure Gaidao-Redaktion

Impressum:

Herausgeber*innen:	[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.:	Be the media Postfach 11 24 66361 St. Ingbert
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Erscheinungsweise:	monatlich
Kontakt:	redaktion-gaidao@riseup.net

Über uns

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA), das in der Internationalen der anarchistischen Föderationen (IFA) organisiert ist.

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

FdA/IFA

04 ***Die Vernetzung im Balkan und darüber hinaus vorantreiben***
Rückblick auf die Anarchistische Balkanbuchmesse 2013

07 ***Die Entwicklung der Föderation***
Ein Update seit dem Frühjahr 2013

Weltweit

10 ***Was passiert in Russland?***
Ein Grundlagentext zum allgemeinen Verständnis (Teil 2)

13 ***Die Aufstände in Taksim***
Zwischen Hippie-Flair, Selbstverwaltung und Nationalismus

17 ***2013 - Stockholm Riots***
Zu den Aufständen in den Schwedischen förorter/"Banlieues"

Lokales

19 ***Pinnwand***
Nachrichten in aller Kürze

Kultur und Alltag

20 ***Der Syndikater***
„Die Mauer"

Geschichte

21 ***Anarchismus und Judentum***
Kapitel 5

Analyse & Diskussion

22 ***Eurokrise und Euro-„Rettung" im Lichte der Stirnerschen Staatsauffassung***

25 ***Thesen zu Homosexualität und Homophobie***

28 ***Avec l'Anarchisme contre la Barbarie***

Termine

30 ***Termine***

31 ***FdA hautnah***
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Die Vernetzung im Balkan und darüber hinaus vorantreiben

Rückblick auf die Anarchistische Balkanbuchmesse 2013

★ *die schwarzen katzen*

Anmerkung der Redaktion: Im Anschluss an die Balkan Anarchist Bookfair 2013, Ende Mai in Ljubljana (Slowenien), führten „Die Schwarzen Katzen" (dsk) ein Interview mit Peter, Anita und Tomi von der „Federation for Anarchist Organizing" (FAO). Dabei ging es um die Messe, die Situation in Slowenien und die Zukunftsaussichten. Das Interview wird es bald auch als Audio auf dem Blog des Anarchistischen Radios Berlin (aradio.blogsport.de) geben sowie eine kleine Sondersendung zur Auswertung des Events.

dsk: Gebt uns zum Einstieg ein paar Zahlen. Wie viele Aussteller*innen waren während der Messe vor Ort, wie viele Besucher*innen kamen und wie viele Workshops wurden abgehalten?

Peter: Ein sehr wichtiger Punkt ist, dass dieses Jahr viele Menschen aus unterschiedlichen europäischen Ländern da waren. Aus dem Balkan waren Leute aus Slowenien, Serbien, Kroatien, Mazedonien, Bulgarien und Griechenland und aus anderen Teilen Europas kamen Menschen aus Italien, Frankreich, Spanien, England, Schweden, Deutschland, Österreich, Tschechien, Ungarn und Weißrussland. In diesem Sinn war die Buchmesse sehr erfolgreich, da viele Leute auf den Aufruf reagiert haben. Ich denke, es waren etwa 150 Menschen von außerhalb da und einige mehr aus Slowenien. Es waren mehr als 20 verschieden Gruppen und Verlage anwesend, um ihr Material zu präsentieren. Daneben fanden etwa 15 bis 20 Workshops und Diskussionen statt, die bereits vor der Messe vorbereitet wurden, sowie einige weitere, die selbstorganisiert im Open Space stattfanden. Außerdem gab es drei Ausstellungen mit Fotos und Postern der vergangenen Buchmesse, und kulturelles Programm mit Konzerten, DJanes und Kabarett. Ein wichtiger Programmpunkt waren auch die täglichen Plena der Teilnehmer*innen.

dsk: Wie ist euer persönliches Fazit der Buchmesse und welches Fazit zieht ihr als Vorbereitungskreis?

Anita: Der Vorbereitungsprozess hat recht lang gedauert, etwa ein halbes Jahr, so dass es letztendlich unstressig war und alles funktioniert hat. Viele Gruppen von außerhalb haben geholfen – auch mit vielen Präsentationen –, was der Vorbereitungsgruppe enorm geholfen hat, da wir die Events und Leute nur noch koordinieren brauchten. Alles hat sehr gut funktioniert und wir waren sehr zufrieden mit der Messe und dem Prozess. Es gab kaum Probleme und wir waren sehr erfreut, dass so viele Menschen aus so vielen Ländern teilgenommen haben. Leider hat das schlechte Wetter die Buchmesse für Leute von hier etwas unattraktiv gemacht.

Tomi: Persönlich denke ich, dass die Buchmesse sehr wichtig war, in diesem Moment nach dem Aufstand in Slowenien, der nun schon ein halbes Jahr andauert und in dem Anarchist*innen recht präsent und anerkannt waren. Es ist also ein guter Moment, sich mit einem öffentlichen Programm, Büchern und Diskussionen zu präsentieren. Ich bin auch sehr froh über die gute Kooperation mit Metelkova (autonomes Kulturprojekt, Austragungsort BAB; Anm.

d. Verf.), da es wichtig ist, Metelkova mit anarchistischen Inhalten zu füllen, besser als mit Kommerz oder anderem. Denn dieser Squat ist kein anarchistischer Squat, sondern viele verschiedene autonome Gruppen sind hier präsent.
Für viele Leute war der Ablauf und die Organisation (der Messe; Anm.d. Verf.) sehr anarchistisch, selbstorganisiert. Es wurden viele Aspekte abgedeckt. Bedauerlich ist nur, dass die Messe nicht im Park Tabor stattfinden konnte, denn dies hätte in einem gewissen Sinn bedeutet, dass wir als Anarchist*innen unser sicheres Ghetto verlassen und den öffentlichen Raum betreten. Dort hätten wir mehr Menschen erreichen können, die einfach nur vorbeikommen.

dsk: Die Balkan Anarchist Bookfair gibt es nun seit 10 Jahren. Könnt ihr etwas dazu sagen, wie sich die Buchmesse in diesen 10 Jahren entwickelt hat?

Peter: Der Vorschlag, die diesjährige Messe in Ljubljana zu veranstalten, kam daher, dass die erste Messe ebenfalls hier, im Jahr 2003, stattgefunden hat. Natürlich hatte das Projekt der Buchmesse in den letzten 10 Jahren seine Höhen und Tiefen, das heißt, dies war die siebente Messe und nicht die zehnte. Aus unterschiedlichen Gründen hat die Messe nicht jedes Jahr stattgefunden.

Die Messe entstand aus der direkten Kommunikation von Anarchist*innen auf dem Balkan, zu einem Zeitpunkt, als es kaum Infrastruktur oder etablierte Gruppen in Ex-Jugoslawien gab. Sie wurde also abgehalten, um ein gemeinsames Event zu haben, um das wir uns organisieren, zusammentreffen, Ideen und Erfahrungen austauschen, Wege der Kooperation und gemeinsame Visionen für die Region entwickeln können.

Die Buchmesse 2003 war offensichtlich sehr viel kleiner als die diesjährige, obwohl wir bereits damals eine recht beeindruckende internationale Beteiligung hatten. Ich denke zu dem Zeitpunkt waren etwa 50 bis 70 Menschen aus 11 Ländern hier, wenn ich mich richtig erinnere. Allerdings gab es kaum Veröffentlichungen, vor allem kaum Bücher in den Sprachen der ex-jugoslawischen Länder. Die Publikationen sind nach wie vor gering, haben sich aber in den letzten Jahren vermehrt. Ein wichtiger Gedanke war auch, dass die Buchmesse auch denen hilft, die sie organisieren, indem für die lokalen Gruppen eine Struktur und ein Platz geschaffen wird, wo Menschen mit Anarchist*innen in Kontakt kommen können. Erst gestern haben wir darüber geredet, dass es nach den Messen in Mazedonien und Serbien vermehrt anarchistische Aktivitäten in diesen Ländern gab. Ich denke, dass die diesjährige Messe eine großartige Motivation war, das Projekt weiterzuführen.

dsk: Welche Proteste haben in Slowenien stattgefunden bzw. finden noch statt, wie waren Anarchist*innen involviert und welche Perspektiven seht ihr?

Tomi: Das letzte halbe Jahr war für uns sehr intensiv und interessant, wegen dieses Aufstands, der Ende November (2012, Anm. d. Verf.) begonnen hat. Er war recht spontan und nicht von irgendwelchen Parteien organisiert. Es war wichtig, dass wir präsent waren, denn nach einer Weile gab es seitens Einiger den Wunsch die Bewegung zu übernehmen. Mit dem antikapitalistischen Block, hier in Ljubljana, der nicht nur Anarchist*innen, sondern eine weite linksradikale Bewegung zusammenfasste, schafften wir es, einen etwas dialektischen Ansatz zu entwickeln. Gegenüber Vereinahmungsversuchen haben wir weniger gesagt: „Das ist es, was wir fordern." Stattdessen sagten wir: „Nein, das ist, was ihr fordert. Ihr wisst nicht, was wir fordern."
Darüber hinaus haben wir eine anarchistische Praxis in diesen Prozess des Kampfes mit dem Staat eingebracht. Jetzt gibt es die Versammlungen, in denen eine gleichberechtigte Kommunikation stattfindet und die relativ gut besucht sind. In Maribor (zweitgrößte Stadt Sloweniens, Ausgangsort der Proteste; Anm. d. Verf.) ist es ähnlich abgelaufen. Dort wurden die Nachbarschaftsversammlungen eingerichtet, wo das Recht, an der Stadtpolitik beteiligt zu werden, eingefordert wird. Ähnliche Versammlungen gab es in Ljubljana, Koper und einigen anderen Städten. Dies ist etwas sehr positives und auch in Ljubljana beginnen nun die Nachbarschaftsversammlungen. Es wurden ebenfalls Arbeitsgruppen, zum Beispiel zum Thema „Squatting", gebildet. So wurde bei einer der letzten Demos ein leerstehendes Kino temporär besetzt. Außerdem gibt es eine radikale Garten-Coop, die immer noch funktioniert und recht gut organisiert ist. Daneben diente der antikapitalistische Block zur Identifikation und zum Zusammenkommen radikaler Ideen.

dsk: Könnt ihr etwas mehr zur allgemeinen Lage von Anarchist*innen bzw. des Anarchismus in Slowenien sagen?

Anita: Es ist so, wie Peter bereits erwähnt hat, dass es hier keine besondere Tradition gibt und dieser Platz (der A-Infoshop; Anm. d. Verf.) erst in den letzten 10 Jahren etabliert wurde. Er wurde von der Föderation aufgebaut, was ein sehr langer Prozess war. Die Federation for Anarchist Organizing hat die Buchmesse organisiert und betreibt den Infoshop in Metelkova, welcher inzwischen sechs Gruppen verbindet. Anfangs waren da nur zwei Gruppen, aber seit 2009 ist der Infoshop stark gewachsen und auch in anderen Städten bekannt geworden. Es war wichtig zu zeigen, dass es diesen Platz gibt.

Es ist auch gut, dass wir diese Plätze Metelkova und das Rog (besetzte ehem. Fahrradfabrik in Ljubljana; Anm. d. Verf.) haben, welche eine Art autonome Plätze sind. Leider haben wir nicht genügend Ideen, was wir damit tun können.
In Metelkova hatten die anarchistischen Ideen einen relativ großen Einfluss darauf, wie der Ort nun organisiert ist. Es gab von Anfang an das offene Forum, in dem Leute diskutiert haben. Es war allerdings total unorganisiert und ohne jede Funktion. Also haben wir Ideen eingebracht, wie stärkere Strukturen aufgebaut werden können im Kampf gegen die Autoritäten oder bei Diskussionen untereinander. Ich denke, da hat die FAO eine recht große Rolle gespielt

Der Aufstand vom letzten Jahr war auch für uns eine große Überraschung. Ich denke aber, dass anarchistische Ideen dadurch etwas

mehr Verbreitung gefunden haben. Daher war die Buchmesse auch eine gute Gelegenheit zu zeigen, wie Anarchismus funktioniert und eine gute Chance, in der Öffentlichkeit etwas sichtbarer zu sein.

dsk: Wie ist es um den Anarchismus auf dem Balkan bestellt? Gibt es Zusammenarbeit zwischen den Gruppen verschiedener Länder und könnt ihr was über soziale Kämpfe in anderen Balkanländern sagen?

Peter: Wenn wir uns die letzten 10 Jahre anschauen, kann mensch sagen, dass die Anarchist*innen aus Slowenien immer in Kontakt waren mit Leuten aus den ex-jugoslawischen Ländern. Ich würde sagen, das lag vor allem an der ähnlichen Geschichte, der ähnlichen sozialen und politischen Situation, sowie die ähnliche Situation der anarchistischen Bewegung. Ich stimme zu, wenn jemand sagt, hätten wir vor 10 Jahren keine Kommunikation unter den Gruppen gehabt, dann hätten die einzelnen Gruppen nicht überlebt. Aber durch den Kontakt und die Kooperation der Gruppen untereinander haben sie eine Strategie entwickelt, stärker zu werden und es wurden Gruppen und Netzwerke geschaffen.

Die Idee der FAO in Slowenien ist zum Beispiel recht alt. Bereits 2002 haben wir versucht, diese Föderation aufzubauen, aber es war noch nicht die richtige Zeit. Ähnliches konnte mensch in anderen ex-jugoslawischen Ländern sehen, z. B. in Kroatien, Serbien und Mazedonien. Jetzt sind die Gruppen besser aufgebaut und organisiert, was dazu führt, dass wir gemeinsam an Projekten arbeiten können. Letztes Jahr haben wir Kontakte zu für uns etwas ferneren Ländern, wie Griechenland und Bulgarien, aufgebaut. Zwar gab es davor schon Kontakte, aber aufgrund der Kämpfe dort sind die Kontakte sehr wichtig geworden.

Auf der anderen Seite hat Slowenien offensichtlich eine Sonderrolle innerhalb der ex-jugoslawischen Länder, da es bereits Teil der EU ist und auch im Jugoslawienkrieg kaum zerstört wurde. Trotzdem würde ich sagen, dass die soziale und politische Situation in allen Ländern in die gleiche Richtung geht. Die Kämpfe, die dadurch entstehen, haben so auch ähnliche Formen, so gab es in den letzten Jahren in Kroatien bereits ähnliche Proteste, wie es sie nun in Slowenien gibt und Anarchist*innen waren auf ähnliche Weise eingebunden. Daher ist es offensichtlich gut, dass wir verknüpft sind: um zu sehen, was funktioniert, was nicht - wer versucht wie solche Prozesse zu stoppen, welche Kräfte treiben ihn an und so weiter.

Ein Projekt, was alle Gruppen vereint, ist definitiv die Buchmesse, aber natürlich könnten wir noch besser zusammenarbeiten. Auch während der Buchmesse haben viele Leute gesagt, dass wir öfter und regelmäßiger zusammenkommen sollten um konkrete, gemeinsame Projekte zu entwickeln.

dsk: Was sind eure Erwartungen, Wünsche, Vorstellungen für die Zukunft der Buchmesse, der FAO und der anarchistischen Bewegung?

Tomi: Es wäre toll, wenn die FAO durch die aktuellen Proteste weiter wächst, was im Moment sogar schon passiert. Die Gruppen werden größer und neue kommen dazu. Für mich stellt sich auch die Frage, wie nutzen wir weiterhin die Möglichkeiten, die uns der Aufstand eröffnet hat. Ich denke, dass die Nachbarschaftsversammlungen weiter aufgebaut werden sollten und auf lange Sicht selbstorganisiert funktionieren. Meine persönliche Idee ist, ein Forum für linksradikale, antiautoritäre Aktivist*innen zu schaffen, um die Kooperation untereinander zu stärken.

Peter: Ich würde mir wünschen, dass einige der Ideen, welche auf der Buchmesse vorgestellt bzw. entwickelt wurden, konkrete Formen annehmen. Also im Sinne der internationalen Kooperation wäre es schön, wenn in der Zukunft gemeinsame Kampagnen stattfinden.

dsk: Vielen Dank für das Interview.

Weitere Infos:

Bericht der Autor*innen zur Buchmesse:
www.bit.ly/1aOBuY2

Homepage der Buchmesse mit Fotos und Beiträgen:
www.bit.ly/ZjpiqH

Anarchosyndikalistische Zeitung
Direkte Aktion
Viel Streik, viel Ehr?
Ob Lehrer_in in Berlin oder Sicherheitspersonal in Frankfurt, wöchentlich sind neue Streikmeldungen in den Nachrichten. Wird in Deutschland wirklich mehr gestreikt? Eine Bestandsaufname zur Streikwilligkeit in diesem Land gibt's im Schwerpunkt der DA.
DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung
Probeheft gratis!
www.direkteaktion.org
Anzeige

Die Entwicklung der Föderation

Ein Update seit dem Frühjahr 2013

★*Referat für Öffentlichkeit der FdA*

Entwicklung der Struktur

Zunächst ein paar Worte zur Entwicklung der Föderation in Bezug auf die Mitglieder. Das Interesse an der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA) wächst spürbar weiter. In den letzten drei Monaten sind drei neue Gruppen zu uns gestoßen: im April die Anarchistische Gruppe Östliches Ruhrgebiet (Teil der Anarchistischen Föderation Rhein-Ruhr, AFRR) und die Intiative Anarchistische Föderation Nord (IAFN), im Mai dann die Anarchosyndikalistische Jugend Bonn (ASJ Bonn).

Doch es gab nicht nur Zuwächse zu vermelden: Im Mai 2013 löste sich nach 8-jähriger Existenz und sehr starkem Engagement in ihrer Region die antinationale.org (früher Antinationale Offensive Saar, ANO) auf. Mehr zu den Gründen der Auflösung und den Perspektiven im Saarland könnt ihr auf der FdA-Website nachlesen.

Momentan sind also ca. 27 Gruppen Mitglied in der Föderation. Doch um Zahlenspielereien geht es uns nicht. Interessiert sind wir vor allem an einer gegenseitigen Unterstützung und Kooperation der Gruppen (sowohl über die Föderation als auch losgelöst davon). Und diese Möglichkeiten potenzieren sich mit einer breiten Basis. Zurzeit hadern wir allerdings noch ein wenig mit der Einbindung aller Gruppen in die Strukturen. Selbstverständlich gibt es Gruppen (und Individuen darin), die mehr oder weniger an föderativen Strukturen interessiert sind. Das finden wir nicht weiter problematisch, weil die Autonomie der Gruppen das bestimmende Element unserer Föderation ist – und es damit jeder Gruppe und jedem Individuum darin freigestellt ist, in welchem Maße, sie die föderativen Strukturen nutzen wollen – oder eben nicht.

Um es anderen Gruppen und Initiativen (besonders aus dem nichtklassischen Politgruppenspektrum), die zwar an der Föderation interessiert sind, jedoch von einer klassischen Mitgliedschaft überfordert wären, ein Mitwirken zu ermöglichen, haben wir ein neues Kooperationsmodell entwickelt. Mit diesem möchten wir im kommenden Jahr ein wenig experimentieren, um mehr Synergieeffekte zwischen unseren Projekten zu erzeugen: die “assoziierten Projekte”.

Hier eine kurze Vorstellung des Modells:

Die Grundidee besteht darin, dass Gruppen und Intiativen zwar nicht Mitglied werden, aber dennoch eine enge strulturelle Bindung eingehen, wodurch der Informationsfluss, der zur Kooperation oft sehr förderlich ist, dennoch zustande kommt. Assoziierte Projekte sind enge (aber nicht exklusive) Kooperationspartner der FdA. Beispielsweise arbeiten sie gemeinsam an bestimmten Projekten. Sie sind nicht an den Entscheidungsstrukturen beteiligt. Sie werden auf der FdA-Webseite als “assoziiertes Projekt” geführt und werden zu allen FdA-Treffen eingeladen – mit Gaststatus. Assoziierte Projekte unterstützen die Föderation finanziell mit einem Beitrag von mindestens 30 Euro im Jahr. Sie schicken, nach Möglichkeit, zu jedem FdA-Treffen einen Bericht über ihre Aktivitäten.

Konkret soll das Ganze folgendermaßen funktionieren: Die assoziierten Projekte bestimmen eine Person aus ihrer Mitte, die als Kontaktperson zur FdA fungiert. Diese Person hat folgende Aufgaben:

Einbringen von Themen, die für die FdA oder ihre Mitgliedsgruppen interessant sein könnten

Zurücktragen von Themen aus der FdA in das eigene Projekt (inkl. den Gruppenberichten)
Das Referat für Organisation ist wiederum dafür verantwortlich, assoziierten Projekten passende Informationen aus der FdA zukommen zu lassen bzw. die Informationen aus den assoziierten Projekten in

die FdA einzubringen (idealerweise direkt an interessierte Mitgliedsgruppen weiterzuleiten).

Die einzigen "Pflichten", die assoziierte Projekte haben, sind neben dem jährlichen Beitrag die Bestimmung einer Kontaktperson und das Verfassen regelmäßiger Berichte über ihre Aktivitäten. Alles weitere sind Angebote, die in Anspruch genommen werden können, aber nicht müssen. Assoziierte Projekte werden auf diese Weise niederschwellig eingebunden und können später, bei Interesse, die Zusammenarbeit intensivieren und auch eine vollständige Mitgliedschaft in der FdA beantragen.

Solltet ihr Interesse haben, meldet euch einfach unter fda-organisation/at/riseup(.)net. Welche Synergieeffekte erzeugt werden können, könnt ihr im nächsten Abschnitt erfahren.

Entwicklung der Aktivitäten

Im März wurde die FdA eingeladen, an einer Veranstaltungsreihe zur Einführung in den Anarchismus in Cottbus teilzunehmen. Drei Genoss*innen stellten dort unser föderatives Konzept vor und führten dann lange Gespräche über diverste Fragen anarchistischer Theorie und Utopie mit den Anwensenden.

Im April koordinierten wir den deutschsprachigen Teil einer 2,5-monatigen Info- und Soli-Tour von Genoss*innen aus Weißrussland durch Westeuropa, die am 26. April ihren Abschluss in Berlin fand. Dazu brachten wir Plakate und Flyer für alle acht Veranstaltungsorte heraus. Wichtig war uns, auch Gruppen außerhalb der FdA-Strukturen miteinzubeziehen, was mit den Veranstaltungsorten in Nürnberg (FAU Nürnberg), Leipzig (ASJ Leipzig) und Finsterwalde (Organisierte Anarchist*innen Finsterwalde) auch gut gelang. Besonders erfreulich war, dass sich das Autonome Zentrum in Wuppertal spontan den Solibemühungen anschloss und selbständig ein Soli-Event abhielt!

Eine Station auf der Tour, aber ebenfalls ein Event, das in großem Maße durch FdA-Strukturen unterstützt wurde, war die Buchmesse in Mannheim vom 19.-21. April. Auch hier unterstütze die FdA die Organisator*innen sowohl logistisch, personell während der Messe, aber schließlich auch inhaltlich in Form von Vorträgen bzw. Diskussionsrunden (mit einem Vortrag zur "Anarchistischen Bewegung heute in der BRD", einem zweisprachigen Vortrag zur "Anarchistischen Bewegung in der Türkei und in Kurdistan", einer Buchvorstellung von "Kurze Weltgeschichte des Faschismus" und einer Diskussionsveranstaltung zur Gaidao und zu systempunkte.org). Die Gaidao unterstützte die Buchmesse zusätzlich mit der Herausgabe einer Sonderausgabe, die gleichzeitig als Programmheft für die Messe fungierte. Nicht zuletzt sorgte eine Kooperation zwischen der Anarchistischen Gruppe Mannheim, als Veranstalterin der Buchmesse, und dem Anarchistischen Radio Berlin dafür, dass ca. 2/3 der Veranstaltungen auf Audio dokumentiert werden konnten. Die Aufarbeitung der Audios hält noch an, wird aber hoffentlich im Sommer bereit stehen.

Im Mai ging es dann gleich weiter. Im Rahmen einer Kooperation mit dem US-amerikanischen Rapper und Anarchisten "Sole" unterstützte das FdA ihn bei der Bewerbung seiner Europa-Tour, worauf hin er sich damit revanchierte, dass die Föderation bzw. befreundete Gruppen (oder in Paris die Federation Anarchiste) Infostände auf seinen Konzerten aufstellen konnten. Da kam es gerade gelegen, dass eine weitere Sonderausgabe der Gaidao verfügbar war: nämlich eine zum 1. Mai. Diese Ausgabe hatte das Ziel, sowohl eine kurze Einführung in den libertären Hintergrund des 1. Mai zu geben als auch ein Panorama aktueller Kämpfe in einer Reihe von Städten zu geben. In diesen sollte es nämlich entweder dezidiert anarchistische 1.-Mai-Demos geben oder zumindest eigenständige libertäre Blöcke im Rahmen von größeren Bündnissen. Aufgrund von Problemen mit der Postzustellung konnten an mehreren Orten entgegen der Planung keine Gaidaos auf der Demo verteilt werden. Das Ziel, eine stärkere Vernetzung libertärer Bemühungen am 1. Mai anzustoßen, hat das Heft aber durchaus erreicht.

Vom 24.-26. Mai fand im slowenischen Ljubljana die Anarchistische Balkanbuchmesse statt, die von der anarchistischen Föderation in Slowenien organisiert und von vielen anderen Gruppen und Föderationen aus ganz Europa unterstützt wurde, darunter auch die FdA. Die FdA hatte das Anarchistische Welttreffen in St. Imier intern sehr kritisch analysiert und alle Erkenntnisse daraus den Schwesterföderationen in der IFA zur Verfügung gestellt, damit zukünftige Großveranstaltungen deutlich horizontaler, partizipativer und insgesammt mehr von Diskussionen und Austausch geprägt sind. Diese Ideen gingen komplett in die Vorbereitung der Balkanbuchmesse ein, was draus ein wunderbares Event machte, dessen einziger Wermutstropfen das schlechte Wetter war. Bereits im Vorfeld der Messe gab ein Genosse der FdA auf Bitten der FAO einer Gruppe von interessierten Menschen eine Einführung in Awareness-Strukturen, so dass ein gemeinsames, wenn auch rudimentäres Safer-Space-Konzept entwickelt und schließlich auch umgesetzt werden konnte. Auf der Messe selbst war die FdA bzw. die Gaidao mit einem Infostand vertreten und an der Ausrichtung zweier Diskussionsrunden beteiligt: zu "Anarchistischen Radiopraxen" und "Libertären Publikationen". Auch hier unterstützte das A-Radio Berlin die audiotechnische Dokumentation der Veranstaltungen in Kooperation mit den lokalen Strukturen.

Ende Mai war die FdA dann zum Backland-Festival in der Köpi in Berlin eingeladen (31. Mai und 1. Juni), wo wir neben einem Infostand auch eine Einführung in die Praxis der Föderation gaben. Zwei weitere geplante Veranstaltungen, eine Diskussion zur Gaidao einerseits und ein praktischer Workshop zum Radiomachen andererseits, mussten leider ausfallen aufgrund von Problemen mit Raum- und Zeitplanung und den dadurch weggebliebenen Interessent*innen.

Das föderationsweit unterstützte Radioprojekt A-Radio Berlin konnte sein Format des Libertären Podcasts mittlerweile als stabiles Medium etablieren. Und seit Anfang Juni ist er nun jeden Monat auch per UKW und Livestream bei Radio Dreyeckland zu empfangen.

Die Gaidao konnte die Zahl der Abonnements seit Januar 2013, wo wir mit etwa 100 begannen auf mittlerweile ca. 200 steigern. Die Zugriffszahlen auf dem Blog liegen bei konstant ca. 1000 pro Ausgabe. Darüber hinaus, und das freut uns besonders, wird die Gaidao auch immer stärker als Diskussionsplattform angenommen, was sich sich in einer steigenden Zahl an Artikeln niederschlägt, die in Antwort auf vorhergehende Artikel geschrieben werden.

Entwicklung der Internationalen Solidarität

Im April unterstützten Genoss*innen aus Dresden die anarchistische Föderation in Tschechien (CSAF) bei ihren Bemühungen, Roma-Familien zu unterstützen, die im Wohnungsmarkt in Usti Nad Labem diskriminiert wurden. Aktuell finden wieder Anti-Roma-Proteste seitens der Neo-Nazis statt, weshalb da wohl bald wieder Solidarität gefragt sein wird.

Darüber hinaus haben wir unsere Kontakte nach Lateinamerika weiter ausgebaut und bereits vereinzelte Kooperationen auf ganz praktischer Ebene umgesetzt.

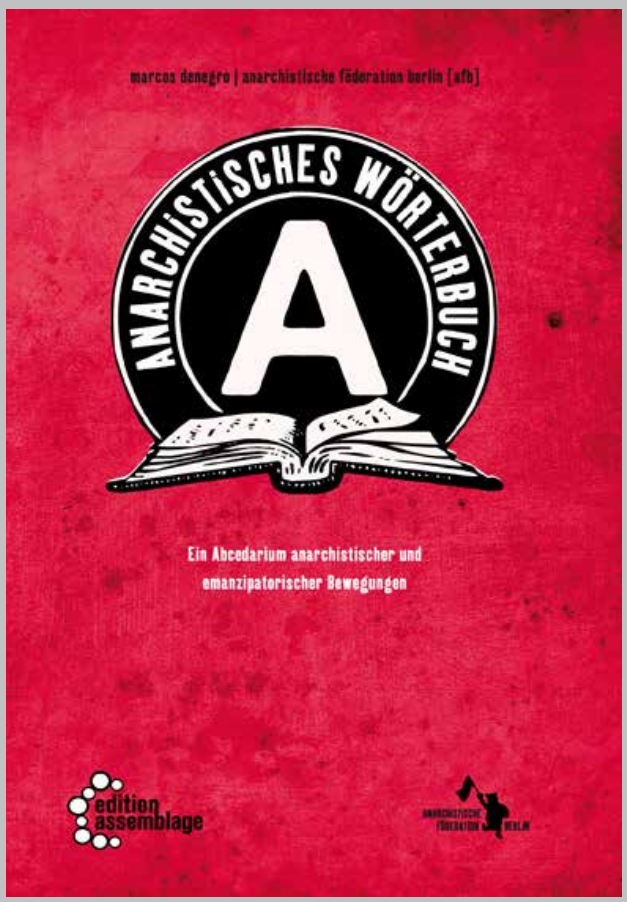
Perspektiven

Aktuell und auch mittelfristig wichtig sind Diskussionen in der Föderation über Strategien und weiterführende politische Ansätze. Diese wurden bereits vor einiger Zeit begonnen. Mal schauen, wann die Diskussion erste Früchte trägt.

Ein weiteres, wichtiges Thema, dem wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden möchten, ist die Genderproblematik, die wir in der Föderation festgestellt haben. Im Grunde spiegelt die männliche (zahlenmäßige) Dominanz in der Föderation nur die Verhältnisse in der weiteren libertärer Bewegung wider. Wir möchten uns damit aber nicht zufrieden geben und werden in den kommenden Monaten nach internen und externen Wegen suchen, zumindest erste Schritte in Richtung einer größeren Integration weiblich sozialisierter Menschen in unseren Strukturen zu gehen.

Andere wahrscheinliche Themen für die zweite Jahreshälfte werden sein: die Einheitsfeierlichkeiten zum 3. Oktober in Stuttgart und die Gegenproteste sowie die unterschiedlichen Ideen zum Wahljahr 2013, an denen bereits jetzt gearbeitet wird. Solltet ihr auf diesen Gebieten an gemeinsamen Projekten und Kampagnen interessiert sein, meldet euch bei der FdA.

Wir hoffen, wir konnten euch ein wenig Einblick in die aktuelle Entwicklung der Föderation geben !



Vorankündigung:

marcos denegro / anarchistische föderation berlin

Anarchistisches Wörterbuch

Eine Orientierungshilfe durch den Begriffsdschungel anarchistischer und emanzipatorischer Bewegungen

Die anarchistische Bewegung besetzt nur eine kleine gesellschaftliche Nische, weshalb ihre Theorien und Praktiken und damit einhergehender Fachwörter nicht sonderlich verbreitet sind. Das Anarchistische Wörterbuch will hierbei Abhilfe schaffen, indem es für AktivistX*innen und Interessierte diese Begriffe erklärt, wie etwa die verschiedenen anarchistischen Strömungen oder Begriffe aus Teilbereichen anarchistischer und emanzipatorischer Politik im Allgemeinen.

Darüber hinaus soll das Wörterbuch auch eine Diskussion anregen, die von einzelnen Begriffsdefinitionen ausgehend helfen soll, anarchistische Theorie und Analyse zu verfestgen.

erscheint Oktober 2013 in der edition essemblage

Was passiert in Russland?

Ein Grundlagentext zum allgemeinen Verständnis. (Teil 2)

★ *Vadim Damier (KRAS.-IAA)*

Die soziale Lage der arbeitenden Leute und der Rentner ist ziemlich schwer. Die Löhne in Russland sind einige der niedrigsten in Europa. In Moskau sind sie noch höher als im Landesdurchschnitt. Laut den offiziellen Angaben beträgt der Durchschnittslohn in Moskau etwa 1000 Euro pro Monat, obwohl ich persönlich mehrere Leute kenne, die viel weniger verdienen. In der Provinz ist aber die Situation oft katastrophal. So bekommen z.B. die provinzialen Lehrer*innen nicht selten nur 250-300 Euro, die Ärzt*innen 300-350 Euro. Die Arbeiter*innen verdienen 300-500 Euro. Das reicht oft nicht für das Leben, da die Preise in Russland mit den westeuropäischen fast vergleichbar sind. Mehr noch, die heutige Regierung intensiviert die antisozialen Angriffe. In ihr sitzt das reaktionäre Sammelsurium aus den nationalistischen und ausländerfeindlichen Erzkonservativen (wie Vize-Ministerpräsident Rogosin oder Kulturminister Medinzew), den repressiven Technokraten und den bornierten Neoliberalen. Letztere (wie Finanzminister Siluanow, Bildungsminister Liwanow, Arbeits- und Sozialminister Topilin) bereiten jetzt neue Pläne der antisozialen Reformen, inklusive Sparpläne, Rentenreform und weitere Kommerzialisierung der Bildung und des Gesundheitswesens vor.

Klar, dass alle diese Probleme die große Mehrheit der Bevölkerung betreffen, das ist aber leider eher eine schweigende Mehrheit. Streiks finden relativ selten statt und die Straßenkundgebungen gegen den sozialen Abbau und die Zerstörung der öffentlichen Bildung und Medizin sammeln nur einige Hunderte, bestenfalls einige Tausende von Menschen. Nicht dass die Leute damit zufrieden wären - das nicht. Und in den persönlichen Gesprächen drücken sie die Unzufriedenheit ganz deutlich aus. Kämpfen wollen sie aber auch noch nicht. Hoffentlich NOCH nicht. Diese Situation spiegelt sich in den Meinungsumfragen wieder. Verschiedene Meinungsumfragen zeigen, dass ein Viertel bis zum einen Drittel der Befragten die Proteste gegen das Regime bejahen, aber nur etwa 7% bereit sind, daran teilzunehmen. Wenn die Aktionen illegal sind, dann zeigen prozentual nur die wenigsten ihre persönliche Bereitschaft zur Teilnahme.

Als eine weitere Illustration der momentan vorherrschenden Passivität kann die Tatsache dienen, dass nur ganz wenige der sozialen Protestinitiativen wirklich „von unten“ entstehen, das heißt von den unmittelbar betroffenen Leuten selbst gegründet wurden, unabhängig von den politischen Parteien. Die Begründer*innen und Initiator*innen sind meist Leute, die schon politisch aktiv und / oder Parteimitglieder*innen sind. Und wenn das mal nicht der Fall ist, dann kommen oft die „Politiker“ und unterwerfen die wenigen unabhängigen Initiativen, indem sie ihnen Infrastruktur, juristische Hilfe oder Unterstützung der Parlamentarier anbieten.

Wie soll man dann vor diesem Hintergrund die letzten Proteste „für die freien Wahlen“ verstehen? Widersprechen sie denn nicht dem oben geschilderten Bild? Meiner Meinung nach nicht.

Vor allem sei hier der Inhalt, die soziale und politische Zusammensetzung sowie die Ziele, dieser Proteste zu berücksichtigen. Es fällt auf, dass sie sich fast ausschließlich auf die Frage der Putin-Präsidentschaft konzentrieren. Das ganze Programm der Bewegung war bis vor kurzem „Russland ohne Putin“. Dabei ist es eigentlich überhaupt kein Programm. Zweifelsohne ist das Putin-Regime autoritär und reakti-

onär, seine Abdankung aber kann als solche keine der existierenden Probleme lösen. Denn es geht nicht um eine Persönlichkeit, sondern um eine Politik – vor allem, eine sozial-ökonomische Politik. Ohne eine radikale Politik-Änderung in dieser Frage werden auch ohne Putin die Oligarchie-Herrschaft, der massive neoliberale Sozialabbau, die Korruption, die konservativ-patriarchale und nationalistische Dominanz oder der Krieg im Nordkaukasus weitergehen. Und eine solche Änderung wollen die meisten Führer der Proteste eben nicht.

Um zu verstehen, warum es so und nicht anders ist, muss Mensch die moderne politische Opposition in Russland näher betrachten. Im russischen Parlament sitzen momentan drei Oppositionsparteien. Die größte ist die sogenannte „Kommunistische Partei" KPRF. Trotz ihres Namens und ihrer intensiven sozialen Demagogie ist das keine linke oder kommunistische, sondern eine rechtskonservative Partei, die traditionalistische, klerikale und nationalistische Werte zum Teil auch Antisemitismus propagiert. Sie preist Stalin als den Imperiums-Begründer. Die Partei „Gerechtes Russland" gibt sich für eine sozialistische bzw. sozialdemokratische aus und versucht, die Kontakte mit der Sozialistischen Internationale zu entwickeln. In Wirklichkeit wurde sie unter dem Beistand des Regimes durch eine Vereinigung verschiedener national-patriotischen Gruppierungen gegründet. Obwohl es dort einige linkere Alibi-Intellektuelle gibt, ändert es den Gesamtcharakter der Partei nicht. Ihre Vorgängerin, die sogenannte „Heimat"-Partei schlug ihrerseits vor, alle jüdischen Organisationen in Russland per Gesetz zu verbieten. Die dritte parlamentarische Oppositionspartei ist die rechtsnationalistische Partei LDPR von Schirinowskij. Klar ist, dass diese politischen Kräfte keine reale Alternative zum Putin-Regime bilden.

Einige Vertreter oder Teile der KPRF und der Partei „Gerechtes Russland" nehmen an den neuen Anti-Putin-Protesten teil. Sie machen das aber eher auf eigene Kosten, z.B. kann man nicht sagen, dass sie ihre ganze Parteiinfrastruktur für die Protestzwecke mobilisieren. Alles in allem bleiben diese Parteien eher eine loyale Opposition und nehmen an den Koordinierungsgremien der Protestbewegungen nicht teil.

Anders ist es mit der radikaleren, außerparlamentarischen Opposition. Genau diese Kräfte stehen hinter der neueren Welle der politischen Proteste in Russland. Bei der Bildung der Koordinierungsgremien der Protestbewegung wurde erklärt, dass diese Opposition aus vier verschiedenen Teilen besteht. Die erste, dominierende Fraktion ist extrem-liberal. Das sind vor allem rechtsliberale Gruppen und Parteien, die aus den Teilen der jelzinschen Eliten der 90er Jahre entstanden und in der Putin-Zeit von den Konkurrenten verdrängt wurden: die PARNAS-Partei von Ex-Vize-Ministerpräsident Nemzow, die Partei „Solidarität" von Jaschin usw. Die größte liberale Partei „Jabloko" (Apfel) nahm früher an den Protesten teil, erklärte aber vor kurzem, dass sie nicht mehr mit den so genannten „Roten" und den Nationalisten zusammenarbeiten will. Diese Gruppe ist natürlich gegen jede wirkliche Änderung der neoliberalen sozialen und wirtschaftlichen Politik. Sie ist nur gegen die Putin-Gruppe und will diese ersetzen, um selbst die Früchte des antisozialen Raubs zu ernten. Mehr noch, der Oligarch und Multimilliardär Prochorow, der während der Präsidentschaftswahlen die größte Unterstützung bei den Moskauer und Petersburger Protestlern fand und jetzt eine neue rechtsliberale Partei organisiert, schlägt eine Reform der Arbeitsgesetze vor. Die beispielsweise die Erleichterung der Kündigung der Arbeiter*innen, deren weitere Entrechtung sowie die Verlängerung der Arbeitszeit ohne Bezahlung der Überstunden vorsieht.

Die zweite Fraktion bilden die so genannten „Linken", die sich in diesem Jahr in einem Aktionsbündnis „Linkes Forum" vereinigten. Das ist ein breites Spektrum ganz verschiedener kleiner Gruppen neostalinistischer, trotzkistischer sowie autonomer Richtung. Dessen Hauptkraft auf der Straße ist die „Linke Front" unter der Führung des Neo-Stalinisten Udalzow. Dieser Mann ist sehr aktiv und provoziert eine Radikalisierung der Proteste und Protestmethoden. Offiziell ist diese „linke" Fraktion der Protestbewegung gegen die neoliberale Politik. In der Praxis riskiert sie es selten, die sozialen Forderungen bei der Formulierung der Protestziele aufzuzwingen, weil sie Angst hat, die liberalen und nationalistischen Verbündeten abzuschrecken. Normalerweise sieht es so aus, dass diese „Linken" und einige der mit ihnen verbündeten Aktivist*innen der „alternativen" Gewerkschaften während der Protestmärsche verschiedene soziale Parolen und Forderungen verkünden, die jedoch nur wenig Anklang im gemeinsamen Programm der Protestbewegung finden.

Die dritte Protestfraktion bilden die russischen Nationalisten. Bei ihnen handelt es sich um mehr oder weniger getarnte Neofaschisten immigrantenfeindlicher und antisemitischer Prägung, einige von ihnen nahmen selbst an Angriffen auf Migrant*innen teil. Bis vor kurzem galt in der Gesellschaft jegliche Zusammenarbeit mit diesen Kräften und Gruppen, als etwas Unannehmbares und Unanständiges. Die Teilnahme an der neueren Protestbewegung gab ihnen aber die Möglichkeit, als ganz „normale" politische Tendenz akzeptiert zu werden. Einige zaghafte Versuche, die rechtsradikalen Gruppen aus dem Oppositionsbündnis zu entfernen scheiterten eindeutig an der dominierenden Meinung der Liberalen und der Neo-Stalinist*innen, die ihre Kritiker beschuldigten, sie wollten die Einheit der Anti-Putin-Bewegung unterminieren.

Die vierte Fraktion in der Oppositionsbewegung bildet die so genannte „Öffentlichkeit". Das sind vor allem Prominente aus der Medien-Welt, Journalist*innen, Schriftsteller*innen, einige Menschenrechtsschützer*innen usw. Normalerweise sind sie politisch wenig organisiert, seit Anfang dieses Jahres gibt es jedoch Versuche, irgendwelche Organisationen oder „Wählerliga" zu gründen. Die Mehrheit dieser Leute sind bornierte Neoliberale, die sich selbst als eine Elite der erfolgreichen „Gewinner" positionieren und die einfachen Leute als „dumme Putin-Anhänger" verachten. Einige, wie z.B. einer der Führer der Proteste Nawalny, sind durch ihre engen Beziehungen und Sympathien zu den rechtsradikalen Nationalisten bekannt. Eine solche Zusammensetzung der jetzigen politischen Proteste macht diese nicht viel fortschrittlicher als das Putin-Regime. Es ist in dieser Situation logisch, dass diese Bewegung vornehmlich eine politische und nicht soziale ist. Es geht vor allem um den Machtkampf, nicht um eine Änderung der Politik. Das erklärt auch die Tatsache, dass diese Proteste fast ausschließlich Moskau und Pe-

tersburg erfassten, das heißt, die Städte, wo die aufwärts strebende Mittelklasse tatsächlich existiert. Diese Menschen meinen nun, das Putin-Regime lässt sie nicht zur politischen Macht nicht, belästigt sie mit seiner Korruption und Steuern usw. Ein Teil der einfachen Leute in den Hauptstädten folgt ihnen. Aber für die meisten der Einwohnerinnen dort und auch für die überwältige Mehrheit der Menschen in der Provinz, mit ihren ganz realen sozialen Problemen, sind diese politisch motivierten Proteste einfach uninteressant.

Es lohnt sich, ein Paar Wörter über die Methoden der Protestierenden zu sagen. Übrigens fürchtet die Mehrheit der Protestierenden jeglichen Radikalismus, sogar das Wort „Revolution" empfindet man oft als eine reine Provokation. Die meisten Organisatoren begnügen sich mit streng legalen Märschen und Kundgebungen, was die Regierung eigentlich nicht sehr stark beeindruckt. Einige Führer wie Nawalny und Udalzow riefen zu einer gewissen Radikalisierung bis hin zum zivilen Ungehorsam, illegalen Demonstrationen und Bildung von Protestcamps auf. Das rief einige Male die Konfrontationen mit der Polizei hervor, wie es z.B. im Mai passierte. Dann folgten die Versuche, Protestcamps in verschiedenen Teilen Moskaus zu organisieren. Die Polizei räumte diese mehrmals, und die Protestierenden fanden einen neuen Platz. Das dauerte einige Monate. Interessanterweise nannte sich diese Bewegung „Occupy", in klarer Analogie zur „Occupy Wall Street". Die Ähnlichkeiten waren aber nur ganz oberflächlich. Das war keine antikapitalistische oder anti-neoliberale Aktion mit der Kritik an Konzernen, Banken usw. Obwohl die Mehrheit der Paar Hunderte ständiger Teilnehmer*innen des Camps Leute aus dem „linken", autonomen oder jugendlich-subkulturellen Spektrum waren, hatte dieses Camp einen liberalen „Kommandanten" (Jaschin aus der „Solidarität"-Partei) und eine eigene Wache bestehend aus Neostalinist*innen und Neofaschist*innen. Alle Vorschläge, die Nationalisten im Camp nicht zu tolerieren, wurden mehrheitlich von den Teilnehmer*innen selbst abgelehnt!

Obwohl die Opposition selbst offensichtlich größtenteils nicht zu einer entscheidenden und kraftvollen Konfrontation bereit ist, ist das Regime gegenüber den politischen Protesten ganz kompromisslos. Mehr noch, es benutzt diese als Vorwand, immer mehr repressivere Gesetze und Beschlüsse durchzudrücken. Unter diesen neuen Gesetzen gibt es z.B. solche, die die Regeln der Durchführung der Massenaktionen strenger machen und die Strafen für nicht sanktionierte öffentliche Maßnahmen erhöhen. Anders als in den meisten europäischen Ländern braucht man in Russland eine Erlaubnis, um sogar die kleinste Kundgebung zu organisieren. Es war noch in den 90er Jahren so, heute muss man mit drakonischen Strafen bei der Verletzung rechnen. Das im Juni verabschiedete Gesetz lautet, dass für die Verletzung der Durchführungsregeln die Organisator*innen der Aktionen mit einer Geldstrafe von bis zu 10 Tausend Dollar individuell und bis zu 20 Tausend Dollar für eine Organisation belegt werden. Klar ist, dass solche Strafmaßnahmen nicht nur gegen die jetzigen politische Protestierenden gerichtet sind, sondern vor allem potentiell gegen mögliche Streiks und sozialen Proteste. Umso schlimmer, dass die Normen und Regeln der Durchführung so formuliert sind, dass sie eine breite Möglichkeit für eine Willkür seitens der Behörden oder der Polizei öffnen. Die Polizei benimmt sich öfters sehr gewalttätig und provoziert nicht selten die Protestierenden. So war es teilweise auch während der letzten Proteste in diesem Jahr. Das Regime zeigt offen, dass es zur Gewaltanwendung völlig bereit ist und keine Schwäche zeigen wird.

Als eine andere Strafmaßnahme kann man ein anderes Gesetz betrachten. Es lautet, dass jede russische None-Profit-Organisation, die irgendwelche Hilfe aus dem Ausland bekommt, sich als ein „ausländischer Agent" registrieren muss. Einige Menschenrechtsschutzorganisationen wie „Memorial" erklärten schon, sie würden diesen Beschluss nicht akzeptieren.

Neue Strafgesetze verschlechtern das politische und gesellschaftliche Klima in Russland immer mehr. Und dies vor dem bereits erwähnten Hintergrund der nationalistischen, traditionalistischen und konservativ-patriarchalen Tendenzen. In einigen Regionen gibt es schon Gesetze gegen die so genannte „Propaganda der Homosexualität", vor kurzem lehnte das Oberste Gericht alle Proteste dagegen ab.

Eine entscheidende Rolle im Widerstand gegen die antisozialen Angriffe der Macht könnte eine breite Streikbewegung spielen, diese fehlt aber. Weder die offiziellen Gewerkschaften, die auf die problemlose Zusammenarbeit mit dem Regime setzen und die Putin-Kandidatur in den Präsidentschaftswahlen unterstützten, noch die so genannten „alternativen" Gewerkschaften, die ihre Treue gegenüber der „sozialen Partnerschaft" erklären, sind tatsächlich willens und fähig eine solche Bewegung zu organisieren.

Trotzdem, ohne einen Propheten zu spielen, möchte ich zum Schluss sagen, dass die sozialen Probleme in der russischen Gesellschaft sich tendenziell nicht auflösen, sondern mehr wachsen. Und das wird doch einen Ausbruch haben. Früher oder später. Auch wenn niemand heute sagen kann, wann und wie das passieren wird.

Anzeige

Die Aufstände in Taksim

Zwischen Hippie-Flair, Selbstverwaltung und Nationalismus

★ *Einige türkischsprachige Anarchist*innen (Übersetzung laydaran / Karakök Autonome)*

Die aktuellen Proteste in Taksim (Istanbuler Stadtteil) begannen am 27.05.2013 in Form einer gentrifizierungskritischen Aktion. Aufgerufen hatten Stadtentwicklungs-, Öko-, LGBTQ-, Tierrechtskreise sowie Anarchist*innen. Konkret ging es um die geplante Zerstörung des Gezi Parks, dessen Bäume gefällt und einem neuen Einkaufszentrum weichen sollten. Doch wie konnte diese anfangs kleine Aktion sich in einen Aufstand der Massen verwandeln?

Auch in Nordafrika begannen die Aufstände im vergangenen Jahr mit der Aktion eines Einzelnen. Manchmal können kleine Proteste der letzte Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringt und kollektive Forderungen entfacht. Ebenso schaffte es die kleine Kundgebung in Taksim, die Unzufriedenheit von Tausenden von Menschen offenzulegen, so dass sich die Thematik völlig von ihrem Ursprung verschob und zu einer Bewegung gegen die Regierungspartei AKP („Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“) und insbesondere gegen ihren Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan sowie gegen ihre Polizei heranwuchs.

Während der initialen Gezi-Park-Aktion wurde eine Kundgebung abgehalten sowie Zelte im Park aufgestellt, der bereits von Baubaggern umgeben war. Am 1. Juni stürmte die Polizei um 5 Uhr morgens das Gelände und zündete die Zelte der Schlafenden an (!). Die erwachten und aus den Zelten stürmenden Menschen attackierte sie mit Schlagstöcken und versuchte, sie vom Gelände zu vertreiben. Es war wohl diese immense und brutale Repression der Behörden gegenüber der zivilen Bevölkerung, welche die Verbreitung der Proteste auslöste.

Wieso tauchten plötzlich Nationalflaggen auf?

Einzelne Politiker*innen der BDP („Partei des Friedens und der Demokratie“, vertritt die Interessen der kurdischen Bevölkerung auf parlamentarischer Ebene) hörten von der Repression und kamen zum Park, um sich den Protesten anzuschliessen. Dabei verbreitete sich unter anderem ein Foto, welches einen BDP-Politiker dabei zeigte, wie er sich gegen die Bagger stellt, um ein Sägen der Bäume zu verhindern.

Dies wiederum bewegte die kemalistische CHP („Republikanische Volkspartei“, 1923 durch Mustafa Kemal Atatürk gegründet, als er die Nation „türkei“ gründete) zu Taten, da diese befürchtete, die BDP führe die aktuellen Parkproteste an und gewinne dadurch an Popularität. Um die eigene Partei zu profilieren, tauchten dann Politiker*innen und Mitglieder der CHP plötzlich mit türkischen Nationalflaggen und Atatürk-Konterfeis im Gezi Park auf. So begann die erste nationalistische Prägung der Proteste. Dies traf anscheinend den Nerv der Zeit, da durch die Erdogan-Regierung das allererste Mal in der Geschichte der türkei der Kemalismus an Macht und Einflussnahme verloren hatte. Unter anderem hatte Erdogan die Allmacht des Militärs gebrochen, welche als Hüter des Kemalismus fungierten und dies in der Vergangenheit auch in Form von mehreren Militärputschen gewaltsam zum Ausdruck gebracht hatten. So waren nun im Gezi-Park auf einmal überall Nationalflaggen zu sehen sowie Parolen zu hören wie: „Wir sind alle Kemals Soldaten!“, „Rücktritt der Regierung!“ oder „Dikator Tayyip!“.

Mittlerweile hatten sich auch Organisationen jeglicher anderer Couleur den Protesten angeschlossen, u.a. Marxist*innen. Um zu verstehen, weshalb die türkische Nationalflagge nicht nur von kemalistischen Kreisen verwendet wurde, muss man etwas ausholen. Die historische Erziehung in der türkei ist stark geprägt von der

Auffassung, die kemalistische Armee sei ein revolutionärer Vorreiter gewesen, habe die europäische Besatzung beendet und einen antiimperialistischen Krieg geführt, Konservatismus und Islamismus beendet und den Laizismus gebracht. Als um 1968 herum diverse marxistische Bewegungen entstanden, riefen viele marxistische Anführer angesichts der kleinen Arbeiter*innenklasse dazu auf, sich mit dem Kemalismus zu vereinen, da man nur so einen sozialistischen Sieg erreichen könne. Manche marxistische Organisationen begannen dann, die türkische Flagge als Symbol der Unabhängigkeit von kapitalistischen, imperialistischen Staaten (USA, Europa) zu verwenden. Dadurch geriet die nationale Symbolik auch in linke Kreise und beschränkt sich nicht nur auf die Anhänger*innenschaft der CHP. Diese historische Entwicklung war auch die Grundlage dafür, dass die Nationalfahne in den aktuellen Protesten von verschiedensten Menschen als Symbol der Proteste verwendet wurde. Als Anarchist*innen finden wir das natürlich haarsträubend, aber angesichts der historischen Grundlage nicht verwunderlich.
Allerdings stand während der ganzen Proteste keine Partei oder Organisation im Vordergrund, was sehr ungewöhnlich für die türkei ist. Kreise der CHP haben die Proteste zwar national geprägt, im Vordergrund stand jedoch eher die generelle Unzufriedenheit am Regime. Eine Vielzahl von Menschen war auf der Strasse, um ihre Unzufriedenheit auszudrücken, oder mehr Freiheit und Autonomie zu fordern – insbesondere junge Menschen. Bei vielen stand der Kemalismus gar nicht wirklich im Vordergrund und sie liessen sich einfach durch die Dynamik der Proteste mitreissen - durch die vielen Nationalflaggen schien es jedoch fälschlicherweise so, als bestünde eine einheitliche Ideologie.

Die Entwicklung der Proteste und die Taksim-Kommune

Im Laufe der Proteste schlossen sich auch die Gewerkschaften DISK und KESK den Ereignissen an und riefen gar zum Generalstreik aus. Die PKK und BDP hielten sich hingegen mittlerweile im Hintergrund, weil sie wohl die Friedensverhandlungen mit der Regierung nicht gefährden wollten. Was aber wirklich verwunderlich ist, ist, dass sogar die MHP („Partei der nationalistischen Bewegung“, die sog. „Grauen Wölfe“, ultra-rechtsextreme Partei), an den Protesten teilzunehmen begann. Es gab nun überall Gefechte mit der Polizei, welche das ganze Spektrum von links bis rechts vereinte.

Nachdem die Proteste kein Ende zeigten und sich die gegenseitigen Attacken zwischen Polizei und Demonstrierenden eher noch weiter aufheizten, änderte die Polizei nach einer Woche die Strategie und zog sich zurück. In Taksim wiederum wurde nun eine riesige „Kommune“ gegründet: ein selbstverwaltetes Areal mit Zelten, Aktivitäten, Workshops und abendlichen Plenen. Hier wurde das Geld aufgehoben: Getränke und Essen wurden durch die Unterstützung von allen organisiert und gratis auf dem Areal verteilt. Es gab keine zentrale Verwaltung, sondern Versammlungen am Abend, wo die Ereignisse des Tages besprochen und auch weitere Aktivitäten geplant wurden. Tagsüber sassen Tausende von Menschen auf der Wiese, viele von ihnen blieben auch nachts mit ihren Zelten. Überall wurde Musik gemacht, gemeinsam gesungen, gekocht und VoKüs durchgeführt. Auf grossen Monitoren wurden Filme (und sogar Fussballspiele) gezeigt und Konzerte wurden durchgeführt. Ärzt*innen errichteten trotz eines Verbots durch die Regierung Krankenstationen, um Verletzte zu versorgen. In angezündete oder eingeschlagene Polizeiautos wurden Bücher gestellt und Bibliotheken gegründet.

Die Kommune erzeugte ein grosses Echo. Von anderen Städten gab es Wegweiser an den Strassen mit der Aufschrift „Taksimer Kommune“. In nur einer Woche wurde die Kommune von 2 Millionen Menschen besucht: von Familien mit Kindern, Rentner*innen, Schauspieler*innen, Fussballspielern und vielen mehr. Dadurch gewann sie immer mehr an Unterstützung. Die Entwicklung war für die Regierung höchst beängstigend, so dass die Polizei nun einen weiteren Interventionsbefehl erhielt und das Gelände am 11. Juni räumte. Zu betonen ist, dass es ein solches Konzept in der Geschichte der türkei noch nie gegeben hat, was es umso aussergewöhnlicher macht. Ein derart kollektivistisches Konstrukt wäre bisher unvollstellbar gewesen. In linken Kreisen, welche bisherige Proteste geprägt hatten, war bisher eine immense Spaltung aufgrund ideologischer v.a. persönlicher Streitigkeiten auszumachen. Ebenso zwischen verschiedenen Ethnien. Und erst recht zwischen Linken und Rechten.

In den aktuellen Protesten hingegen wurden diese Barrieren überwunden. Beispielsweise gab es keine Konflikte zwischen Anarchist*innen und Menschen, welche die Nationalflagge hissten. Auch nahmen antikapitalistische Moslems an den Protesten teil und führten 5x/täglich ihre Gebete durch, ohne dass Linke intervenierten. Andererseits hat die Überwindung der Barrieren ein derart bedenkliches Ausmass erreicht, dass die Linke mit Faschist*innen zusammengespannt wird. Es gibt etliche Bilder und Aufnahmen davon, wie bespielsweise Linke und Faschos sich gegenseitig vom Boden aufhelfen oder gegen Angriffe der Polizei unterstützen. Wohlbemerkt, das sind zwei Strömungen, die bis in die Gegenwart bewaffnet gegeneinander vorgingen. Erst vor einigen Monaten wurde ein linker Student an der Universtität durch faschistische Studierende getötet. Was jedoch noch viel eigentümlicher ist: auf einmal riefen alle miteinander Parolen wie „Gemeinsam Schulter an Schulter gegen den Faschismus!“. Der Begriff des „Faschismus“ wird allerdings auf die AKP bezogen – ja, selbst die MHP bezeichnet die AKP nun als „Faschisten“..! Der MHP wiederum war diese Entwicklung wohl nicht ganz geheuer, so dass sie ihre Anhänger nach einigen Tagen dazu aufrief, die Proteste zu verlassen (was dann auch geschah). Wie das alles diese Wendung nehmen konnte und was es zu bedeuten hat, weiss niemand wirklich. Wir sind als Anarchist*innen ebenso ratlos, finden aber die Tendenz, sogar mit Faschos gemeinsame Sache zwecks gemeinsamem Feind zu machen, höchst beunruhigend. Ganz abgesehen davon, dass wir Erdogan nicht besser oder schlechter als andere Regierungsvertreter finden. Seine Regierung gehört ebenso abgeschafft wie andere Regierungen. Das System wäre nicht gerechter, wenn eine andere Partei an die Macht käme.

Möglicherweise hat die Bevölkerung die Schnauze voll von ideologischen Konflikten. Oder sie spannt nur deshalb zusammen, weil der gemeinsame Feind alle verbindet. Vielleicht aber kommt erneut eine politische Bewegung durch die 90er-Generation auf, welche bis-

her immer als apolitisch, desinteressiert und asozial verschrien war, die aktuellen Proteste aber massgeblich mitgeprägt hat. Möglicherweise könnten die aktuellen Ereignisse auch eine Art verspätete „Flower Power"-Bewegung der türkei sein. Denn obwohl um 1968 herum viel in der türkei passiert ist, beschränkte sich alle Bewegung allein auf die politische Ebene. Es gab Bestrebungen, das politische System zu ändern, aber keinerlei Bewegung in Sachen Kultur, Ökologie, Frauenrechte, Freie Liebe, Pazifismus, Kommunen, Musik oder Kunst. In der Kommune von Taksim dagegen schwebten all diese Elemente in einer Art „Hippie-Flair" über dem Gelände. Höchstwahrscheinlich werden die aktuellen Proteste den Beginn einer neuen politischen Ära in der türkei ebnen. In welche Richtung diese gehen wird, ist allerdings unklar. Sie könnte ebenso in Richtung Selbstverwaltung und autonome Projekte gehen, wie in Richtung kemalistischer Machtübernahme.

Die Rolle von Anarchist*innen

Anarchist*innen waren von Anfang an in den Protesten aktiv, zumal sie Ende Mai gemeinsam mit anderen Gruppierungen zur allerersten Parkbesetzung aufgerufen hatten. Mit dem immensen Ansturm von Kemalist*innen und Linken wurden sie hingegen in den Hintergrund gedrängt, da Anarchist*innen innerhalb der gesamten Linken der türkei immer noch nur einen kleinen Teil ausmachen. Die Wirkung gegen aussen wurde daher praktisch nur von kemalistischen Forderungen (v.a. die Forderung nach Laizismus) dominiert, selbst die sonst sehr grosse marxistische Bewegung ging unter.

An den Barrikaden, in der Kommune sowie in den Plenen waren Anarchist*innen jedoch während der ganzen Proteste aktiv, wenn auch kaum in organisierter Form. Die meisten trugen keine anarchistischen Flaggen oder andere Symbole, was ihre öffentliche Wahrnemung weiter schmälerte. Allerdings gab es auf dem Protestegelände eine Vielzahl von Infoständen, wo anarchistiche Bücher, Broschüren oder Flyer aufgelegt wurden. Auch sprang einem*r immer mal wieder ein gespraytes A im Kreis entgegen.

Leider ist auch die anarchistische Bewegung in der türkei in sich gespalten und hat es nicht geschafft, während der aktuellen Proteste ausreichend zusammenzukommen. Dadurch gab es zwar viele Einzelpersonen, welche aktiv waren, aber kaum organisierte Aktionsformen einer grösseren Anzahl Anarchist*innen. Viele Anarchist*innen fanden im Stadtteil „Cihangir" (300m von Taksim entfernt) zusammen, das auch zuvor als Zentrum anarchistischer Aktivitäten bekannt war. Hier wurden Barrikaden errichtet und tagelang gekämpft. Dies allerdings ohne Vernetzung oder Versammlungen untereinander, sondern vielmehr als ein Zusammentreffen individualistischer Aktionen.
Die einzige Gruppe, welche tatsächlich organisiert auftrat und auch gegen aussen als anarchistisch erkennbar war, war die DAF („Revolutionäre Anarchistische Aktion"). Dies ist eine plattformistische Gruppe, welche sich von anderen Anarchist*innen weitgehend separiert hat. Viele Anarchist*innen kritisieren die DAF als autoritär und hierarchisch. Allerdings muss man ihr zugute halten, dass sie als einzige anarchistische Gruppe Präsenz während der Proteste gezeigt hat und ihre rund 300 Mitglieder in Istanbul ständig aktiv waren, Stände eröffnet haben und an Barrikaden gekämpft haben.

Erwähnen sollte man auch den Fussball-Fanclub „Carsi" (einFanclub des Fussballvereins Besiktas), welcher in verschiedenen Teilen Istanbuls aktiv war. Sie haben seit Jahren eine anarchistische Linie und hängen beispielsweise Transpis während Fussspallspielen auf. Ihren Namen „Carsi" schreiben sie mit einem Kreis ums A. Während der Proteste waren sie ebenfalls präsent.

In der Hauptstadt Ankara gab es eine grössere Präsenz und Vernetzung von Anarchist*innen. Hier wurden gemeinsam Aktionen durchgeführt, v.a. zusammen mit Öko-und LGBTQ-Aktivist*innen sowie Marxist*innen, wobei die Gefechte ein weitaus heftigeres und radikaleres Ausmass erreichten.

Die aktuelle Situation

Nachdem die Polizei den Taksim-Platz geräumt hat, sorgte am 17. Juni die Aktion eines jungen Mannes für Aufsehen. Der von den Medien als „Duram adam" (Stehender Mann) betiltelte Aktivist verharrte stundenlang auf dem Taksim-Platz, ohne mit der Wimper zu zucken oder in irgendeine gezielte Richtung zu schauen. Seine stille Akion sorgte für reichlich Furore, so dass er bald in sämtlichen Medien präsent war. Ein einziges Mal reagierte er auf Fragen der Medien, und zwar äusserte er gegenüber BBC, dass er Anarchist sei und zivilen Ungehorsam leiste. Seine Protestform fand schnell Nachahmer*innen, so dass sich ihm Hunderte von Menschen anschlossen und starr auf

dem Platz verweilten. Nach ein paar Tagen zog sich der Initiant, übrigens tatsächlich ein Genosse aus der Bewegung, zurück und meinte, nun brauche es ihn ja nicht mehr.

Das Ganze hat mittlerweile ein ziemlich paradoxes Ausmass angenommen. In der Zwischenzeit tauchten nun nämlich Gegner der sog. „Stehenden Menschen" (meist aus AKP-Kreisen) auf, welche gegen die stehenden Aktivist*innen protestieren und diesen starr und mit ebenso leerem Blick gegenüber stehen. Seit ein paar Tagen hat sich nun auch die Polizei dem Spektakel angeschlossen, hat in einer Reihe Stühle aufgestellt und protestiert sitzend gegen die „stehenden Menschen" - und liest dabei russische Literatur, was dem Ganzen die Krone aufsetzt. Aktuell mutet der Taksim-Platz mehr wie eine groteske Filmszene an: Massen an Menschen, die zur Salzsäule erstarrt sind und einander stumm gegenüber stehen…

Andererseits wiederum gibt es Hausdurchsuchungen von Aktivist*innen durch die Polizei. Auch Festnahmen finden statt, wobei es schwierig ist, Zahlen anzugeben.

Eine Erfahrung für Anarchist*innen

Auch wenn keine anarchistischen Ideen als solche im Vordergrund standen und die Proteste leider sehr nationalistisch geprägt waren, so waren doch in vielerlei Hinsicht anarchistische Elemente in den Strukturen der Gezi-Park-Proteste vorhanden. So stand keine Partei oder Organisation im Vordergrund der Proteste, ebensowenig gab es eine zentrale Verwaltung. Es gab auffallend viele individualistische Aktionsformen (so wie diejenige mit dem „stehenden Mann"), welche aus Eigeninitiative von Einzelnen entstanden. Geld und Eigentum wurden zumindest in der Kommune abgeschafft und politische Proteste wurden mit kulturellen Veranstaltungen verwoben. Die Proteste waren antiautoritär und nicht-hierarchisch organisiert. Dies sind alles Elemente, die typisch für die anarchistische Idee und Bewegung sind. Ausserdem sind es Elemente, die es in der türkei bisher noch nie gegeben hat. Auch wenn uns die nationalistische und parlamentarische Stossrichtung der Proteste stört, so sind dies wohl dennoch Aspekte, welche es zu berücksichtigen gilt. Sie könnten Raum für neue Entwicklungen prägen – oder sogar für neue Ideen. Auf jeden Fall aber ist die Hemmschwelle in sämtlichen Altersgruppen gesunken, für die eigenen Anliegen auf die Strasse zu gehen oder sich sogar Gefechte mit der Polizei zu liefern.

Für Anarchist*innen waren die Proteste zudem eine wichtige Erfahrung. Sie können uns unsere Schwächen oder Fehler aufzeigen und haben viele Fragen aufgeworfen. Beispielsweise die Frage, ob ein insurrektionalistischer oder organisierter Ansatz sinnvoll ist. Oder die Frage, wie man sich als Anarchist*in gegenüber Nationalismus positionieren soll. Oder, ob man sich mit nicht libertären Menschen verbünden oder unabhängig von ihnen agieren sollte. Und wenn man sich verbündet: wie kann man die eigene Linie bewahren?

GWR Nr. 380, Sommer: Parlamentarismuskritik ; Polizei vs. Blockupy ; Soziale Bewegung in der Türkei ; Homophobie in Russland ; Paris: Anarchist von Neonazis ermordet ; Berichte aus Griechenland, Zypern, Österreich, ...
Probeheft: kostenlos, Schnupperabo: 5 Euro (3 Ex.), Abo: 30 Euro (10 Ex.). Bei: **GWR-Vertrieb, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg, Tel.: 0761/ 2160940-7, Fax: -79; abo@graswurzel.net, www.graswurzel.net/service**
Anzeige

2013 – Stockholm Riots

Zu den Aufständen in den Schwedischen förorter/"Banlieues"

★ *Gabriel Kuhn*

Ende Mai kam es in Stockholm – und zum Teil auch in anderen Städten Schwedens – zu Unruhen, die etwa eine Woche lang anhielten. Jugendliche in großteils von Migrant*innen bewohnten Stadtvierteln zündeten Autos an, entglasten Polizeidienststellen und lieferten sich Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften. Auslöser war der Tod eines 69-jährigen Mannes im Stockholmer Stadtteil Husby am 13. Mai. Der Mann hatte angeblich andere Personen mit einem Messer bedroht. Als sich eine Spezialeinheit der Polizei Eintritt in seine Wohnung verschaffte, wurden ihm tödliche Schusswunden zugefügt. Abgesehen von der augenscheinlichen Frage, ob es einer Spezialeinheit der Polizei nicht gelingen sollte, einen 69-jährigen mit einem Messer bewaffneten Mann zu überwältigen ohne ihn umzubringen, gab auch der Polizeibericht Anlass zur Empörung. Die Behörden ließen zunächst auf ihrer Website offiziell verlauten, dass der Mann unmittelbar nach den Schüssen in ein Krankenhaus eingeliefert wurde, wo er seinen Verletzungen erlag. Tatsächlich wurde die Leiche des Mannes jedoch erst Stunden nach dem Einsatz der Polizei aus der Wohnung transportiert, was von zahlreichen Augenzeug*innen bestätigt und dokumentiert wurde. Die Polizei gestand schließlich Fehler in der Berichterstattung ein und „bedauerte" diese.

Angesichts anhaltender Vorwürfe von Polizeigewalt in schwedischen Stadtvierteln, in denen viele Migrant*innen erster und zweiter Generation leben, veröffentlichte die 2010 in Husby gegründete Stadtteilgruppe Megafonen noch in derselben Nacht ein Protestschreiben, in dem sie eine unabhängige Untersuchung des Polizeieinsatzes forderte und für den nächsten Tag zu einer Demonstration gegen Polizeigewalt aufrief. Dieser schlossen sich mehrere hundert Menschen an. Nicht zuletzt aufgrund ausbleibender Reaktionen von Seiten der Polizei und der verantwortlichen Politiker*innen kam es schließlich am 19. Mai zu den ersten Brandstiftungen und Straßenschlachten im Stadtviertel. Die Unruhen breiteten sich danach rasch auf mehrere Viertel Stockholms und auch auf andere schwedische Städte aus. Etwa eine Woche lang kam es jeden Abend zu Bränden, Sachbeschädigungen und Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Als sich die Lage wieder beruhigte, waren an die 200 Autos und einige Geschäfte ausgebrannt, Schulen und Polizeidienststellen beschädigt und Dutzende von Menschen verletzt und verhaftet.

Schwedische Migrationspolitik

Trotz der starken medialen Aufmerksamkeit, welche die „Stockholm Riots" vom Mai 2013 auch international auf sich zogen, stellen Unruhen dieser Art in Schweden keine Neuheit dar. Zu solchen ist es dort in den letzten Jahren immer wieder gekommen. Dieses Mal traten sie höchstens in besonders konzentrierter Form auf. Einer der Hauptgründe für die Unruhen liegt in der starken Segregation, welche die schwedische Gesellschaft prägt. Viele der mit den französischen Banlieues vergleichbaren „Vororte" (förorter) werden zu 80-90% von Migrant*innen erster oder zweiter Generation bewohnt. Geographisch von der Innenstadt und anderen Vororten abgeschnitten und alle Statistiken sozialer Probleme (Arbeitslosigkeit, Schulabbruch, mangelnde Infrastruktur) anführend, sind sie oft das Zuhause von Menschen, die nur zu einem geringen Grad in den schwedischen Arbeitsmarkt integriert sind und sich kaum mit dem schwedischen Staat und der schwedischen Gesellschaft identifizieren. So verneinen zahlreiche in Schweden geborene und die schwedische Staatsbürgerschaft besitzende Schüler*innen die Frage, ob sie „Schwed*innen"

seien, und viele Fußballfans der Vororte kennen zwar jeden Spieler der englisches Premier League, aber kaum einen Verein der ersten schwedischen Liga. „Schwed*innen“ erscheinen in Konversationen durchweg als die „Anderen“, zu denen die schwedische Gesellschaft die Bewohner*innen der Vororte selbst macht. In diesem Zusammenhang überrascht es nicht, wenn die Behörden und Beamt*innen, die den schwedischen Staat in den Vororten repräsentieren, als eine Art Besatzungsmacht wahrgenommen werden. Dies gilt vor allem für die Polizei, kann sich aber auch auf die Feuerwehr oder den Rettungsdienst ausdehnen, denen immer wieder vorgeworfen wird, ihrer Arbeit in den Vororten nur halbherzig nachzugehen.

Diese Realitäten stehen in deutlichem Gegensatz zur offiziellen Migrationspolitik der schwedischen Regierung. Wenn Menschen weltweit darüber erstaunt sind, dass es in einem vermeintlich so egalitären und progressiven Land zu Unruhen dieser Art kommen kann, ist das nicht ganz unverständlich. Schweden hat nach wie vor im europäischen Vergleich relativ offene Grenzen (so nahm Schweden während des Irakkriegs in etwa so viele Flüchtlinge auf wie alle anderen westeuropäischen Länder zusammen – ähnliches galt während des Jugoslawienkriegs und des Bürgerkriegs in Somalia), bietet neu ankommenden Migrant*innen bessere Sozialleistungen und Ausbildungsprogramme als die meisten anderen Länder, verleiht die schwedische Staatsbürgerschaft in der Regel nach fünf Jahren und demonstriert oft ein starkes Bewusstsein, was die Integration von Migrant*innen auf symbolischer Ebene betrifft. Gerade aus anarchistischer Perspektive ist jedoch interessant, dass die Versuche, Rassismus auf administrativem und institutionellem Weg zu überwinden, zu kurz greifen. Auch wenn die entsprechenden Bemühungen gewisse Resultate erzielen (so gibt es etwa in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, wie dem medialen, bessere Aufstiegsmöglichkeiten für Migrant*innen als in anderen westeuropäischen Ländern und allgemein einen weniger hetzerischen Antimigrationsdiskurs), verschwinden schwer wiegende gesellschaftliche Konfliktfelder natürlich nicht, wenn die Alltagsbeziehungen der offiziellen Regierungspropaganda nicht entsprechen und struktureller Rassismus tief verankert bleibt. Zahlreiche Studien bestätigen, dass Türsteher nichtweiße Jugendliche in der Stockholmer Innenstadt nur ungern in den Nachtclub lassen, „schwedische“ Eltern ihre Kinder regelmäßig aus Schulen mit einem hohen Anteil an Migrant*innen nehmen, Firmen bei Bewerbungsschreiben von Menschen mit nicht-europäisch klingenden Namen schnell Ablehnungsgründe finden und so weiter. Zudem verschärfen sich im Zuge der Neoliberalisierung Schwedens auch die sozialen Klüfte zwischen den Vororten und der schwedischen Mittel- und Oberschicht.

Neue Stadtteilgruppen

Die politische Rolle der Stadtteilgruppen, die sich in den letzten Jahren in den Vororten gebildet haben, ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung. Die Frage, ob es zu den Unruhen im Mai ohne die Mobilisierung durch Megafonen gekommen wäre oder nicht, ist dabei nicht entscheidend. Zu Unruhen dieser Art kam es in den letzten Jahren, wie gesagt, immer wieder. Die Anlässe sind dabei oft willkürlich bzw. der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Wichtig ist jedoch die öffentliche Diskussion, die die Unruhen begleitet bzw. die Frage, wie diese politisch verortet werden. Während es früher für Politiker*innen und Massenmedien leicht war, sich auf „unentschuldbare Gewaltexzesse“ zu konzentrieren und die Unruhen als Resultat jugendlicher Verantwortungs- und Respektlosigkeit darzustellen – meist eingebettet in kulturelle Vorurteile und Stereotypen –, ist dies um vieles schwieriger, seit Gruppen wie Megafonen oder die Göteborger Pantrarna deutlich von „Sozialrevolten“ sprechen und eine Auseinandersetzung mit den Hintergründen der Unruhen einfordern. Ohne das Anzünden von Kindergärten oder Angriffe auf Sanitäter*innen als quasi-revolutionär zu verklären, weigern sich Gruppen wie Megafonen die Unruhen moralisch zu verurteilen. Vielmehr werden sie als begreifbare Symptome grundlegender gesellschaftlicher Probleme betrachtet, ohne deren Lösung weitere Eskalationen dieser Art prophezeit werden. Die differenzierte Haltung Megafonens drückte sich während der Proteste etwa darin aus, dass man sich einerseits zwar nicht von den aufständischen Jugendlichen distanzierte, andererseits jedoch einen Solidaritätsfonds für die Bewohner*innen der Vororte einrichtete, deren Autos oder Geschäfte im Zuge der Unruhen zerstört wurden.

Die Rolle der migrantischen Stadtteilgruppen ist an den Stockholmer Unruhen vom Mai 2013 das Interessanteste und Vielversprechendste. Es gelang ihnen, authentischen Stimmen aus den Vororten in der betreffenden Debatte Gehör zu verschaffen. Sowohl Megafonen als auch Pantrarna veröffentlichten Stellungnahmen zu den Unruhen in Aftonbladet, einer der größten schwedischen Tageszeitungen. Damit hat sich eine neue politische Perspektive in der Diskussion etabliert, die auf den Erfahrungen der Menschen vor Ort beruht. Das bedeutet nicht zuletzt, dass Ereignisse dieser Art nicht mehr ausschließlich als Projektionsflächen für externe politische Kräfte – linke wie rechte – dienen, sondern dass autonom und an der Basis um gesellschaftliche Veränderung gekämpft wird. Ein vielversprechendes Beispiel für alle politisch Aktiven, Anarchist*innen mit eingeschlossen.

Zum Weiterlesen

In der Nr. 218 (Juli/August) der Direkten Aktion erscheint ein Interview mit Basar Gerecci, Mitbegründer von Megafonen.

In der Nr. 585 von analyse & kritik (ak) ist der von der Gruppe Pantrarna in Aftonbladet veröffentlichte Text „An eine Nation in Flammen“ erschienen .

Auf alpineanarchist.org findet sich (auf Englisch) ein Interview mit Mitgliedern der Pantrarna, das Ende 2012 geführt wurde.

Pinnwand

Nachrichten in aller Kürze

Die ASJ Recklinghausen meldet sich nach langer Pause wieder zurück. Seit Juni 2013 lädt sie wieder monatlich zum Schwarz Roten Tresen, der immer am ersten Sonntag im Monat ab 18.00 Uhr im Alternativen Kulturzentrum (AKZ), König-Ludwig-Straße 50, 45663 Recklinghausen stattfindet.

Die FAU Berlin distanziert sich vom Blog syndikalismus.wordpress.com nach dem Motto "Syndikalismus statt Shitstorm".
mehr Info's: berlin.fau.org

In Dresden fanden zwei Spontandemonstrationen gegen Polizeigewalt und für Solidarität mit den Aufständischen in der Türkei statt. Trotz Flut und schlechten Wetters erschienen zunächst 30, beim zweiten mal 100 Teilnehmer*innen.

Am 04.06.2013 gab es in Dortmund nach langer Zeit eine unangemeldete anarchistische Soli-Kundgebung zum Widerstand in der Türkei mit anschließender ebenfalls unangemeldeter Spontandemo über den Westenhellweg, durch die Innenstadt bis zur Reinoldikirche. Seit Ende Mai nehmen Anarchist*innen an öffentlichen Versammlungen in der BRD/CH zur Unterstützung des Widerstandes teil.

Am 22.06.2013 feierten zahlreiche Menschen "30 Jahre Wissenschaftsladen Dortmund" bei Vorträgen zur Geschichte, den Ursprüngen und Zielen des WiLaDo und anderer Wissenschaftsläden. Für die interessierte Öffentlichkeit gab es eine Führung durch die Räumlichkeiten und Vorstellungen der aktuellen Projekte, sowie kurze Vorträge und Diskussionen, außerdem Essen und Trinken, sowie Musik vom DJ.

Ende Mai konnte eine FAU-nahe Betriebsgruppe in einem Dresdner Gastrobetrieb nach Lohnverhandlungen eine Erhöhung um ca. 20 % verbuchen. Weitere Verhandlungen sind geplant. Ende Juli ist der offizielle Startschuss für die Lebensmittel- und Gastrosektion der Dresdner FAU.

Am 29.06.2013 feierte die FAU-Initiative Chemnitz unter dem Motto "Sommer, Sonne Arbeitskampf" den Sommer. Wir wünschen uns mehr davon!

Trotz der Aktivität vieler Nazis und Sexist*innen beteiligte sich der überwiegende Teil der Dresdner Anarchist*innen aktiv an der Fluthilfe. Unter den überfluteten Häusern befindet sich auch das Gelände des derzeit räumungsbedrohten Freiraum Elbtal, der nun enorm auf finanzielle Hilfe angewiesen ist.

ANMERKUNG Hey du, Leser*in. Wie das so manchmal is, habe ich beim Zeichnen vergessen, dass unser Magazin nur vereinzelt als farbiger Druck erscheint – Da dieser Strip nicht sonderlich gut funktioniert in schwarz/weiß rate ich euch dazu, sofern das für euch machbar ist, euch die Onlineausgabe anzusehen. Damit der Comic seine Wirkung nicht verfehlt. Auf Bald, Euer Tom S. Jaeger

Anarchismus und Judentum

Kapitel 5

★ Aus dem Jiddischen von Marcel Heinrich

Die 1950 erschienene Schrift „Anarkho-syndikaltishe ideyn un bavegungen bay yidn" von Dr. Herrman Frank (1980 – 1952), jahrelanger Redakteur bei der angesehenen anarchistischen Zeitschrift „Fraye arbeter shtime", dokumentiert die Geschichte und die Ideologien der jüdisch-anarchistischen Arbeiterbewegung.

Anarcho-Sozialismus und Zionismus

Zu Beginn waren die jüdischen Anarchist*innen meist Gegner, sowohl der Hibat Tsiyon Bewegung, dem Vorgänger des modernen Zionismus, als auch des politischen Zionismus. Diese Gegnerschaft wurde mit zwei Motiven begründet.

Erstens sah man im Zionismus einen maskierten Versuch, die alte jüdische Theokratie mit dem Tempel in Jerusalem wieder aufleben zu lassen, und damit verbunden das Streben nach einer jüdischen Monarchie. Dieses Streben nach einer jüdischen Königsherrschaft sahen die Anarchist*innen im Zionismus stark ausgeprägt. Die Anhängerschaft, die von einer Wiedergeburt in Zion sprachen, kamen dagegen mit den Argument des „ewigen Wandervolkes".

Vor den jüdischen Anarchist*innen lag ein freier offener Weg zum Antizionismus und zum jüdischen Nationalismus.

Zweitens begründeten die jüdischen Anarchist*innen ihre Gegnerschaft zum Zionismus durch einen eigenartigen und allgemein theoretischen Zugang zur jüdischen Frage, denn sie schöpften Kraft aus ihrem flammenden, abstrakten Glauben an den zu jener Zeit populären Begriff des menschlichen Fortschritts. Eine dazu gehörende Quelle des Mutes und des Optimismus waren der gesellschaftliche und sozio-ökonomische Fortschritt der erwachten Jiddisch sprechenden Massen in Osteuropa und Amerika sowie das international organisierte Proletariat – eine unterdrückte aber weltweit vereinte familienartige Klasse, der die Zukunft zu gehören schien. In den jüdisch-revolutionären Reihen übersah man dabei, oder wollte man übersehen, die zwischenmenschlichen Beziehungen, die zwischen ihnen und den anderen Völkern entstanden.

In der ganzen jüdisch-anarchistischen und bundistischen Literatur bis 1903 findet sich keine Spur der Absicht oder des Verlangens danach, sich mit der jüdischen Frage von einem anderen als dem beschriebenen international-kosmopolitischen Standpunkt aus zu beschäftigen. Anstatt der nationalen Selbstbestimmung, auch der Juden, als ein spezifisches und separates historisches Kollektiv, wurde ein ziemlich ungenauer und blutleerer Kosmopolitismus als Ausgangspunkt zur Lösung der jüdischen Frage vorausgesetzt. Zeitweise hat man die blasse und abstrakte Theorie der auf Papier entworfenen Menschenverbüderung als festen und richtigen Grund, wie eine Form des Internationalismus, vorgestellt. So wurde die kosmopolitisch-internationale Weltanschauung mit Eifer und Emotion, viel mehr als durch logische Beweise und genaues Betrachten, an die weniger Intellektuellen und die erregbaren Massen gepredigt.

Im Frühling des Jahres 1903 trat eine wichtige Änderung ein. Das blutige, von der zaristischen Regierung angestachelte und geduldete Pogrom in Kishniew gab einen kleinen aber einflussreichen Anstoß dazu, dass sich anarchistische Gruppen in Amerika viel stärker und eindringlicher mit dem Schicksal der Juden und der Unterdrückung kleinerer Völker überhaupt beschäftigten.

Den ersten Anstoß, die herrschende anarchistische Theorie über den jüdischen Nationalismus zu revidieren, gab der angesehene anarchistische Wortführer Dr. med H. Zolotarov (1865-1921). Er hat seinen mit Herz und Verstand durchdachten Artikel „Ernste frages" am 23. Mai 1903 in S. Yanovsky „Fraye arbeter shtime" veröffentlicht. Mit seinem neuen, zur offen Abkehr von der alten kosmopolitischen Sichtweise auffordernden Ton, hat der Artikel bald die ganze jüdisch-radikale Welt aufgewühlt. Es kochte und braute in allen Strömungen und Zweigen der sozialistischen Arbeiterbewegung bei den Juden, sei es bei dem international-kosmopolitischen Teil, als auch bei denen, die bereits früher zu der ein oder anderen Form des jüdisch-nationalen Bewusstseins neigten.

Dr. Zolotarov, ein begabter Schreiber und Publizist, der seit Ende der 1880er Jahre einer der Hauptprediger des kropotkinschen Anarchismus war, forderte von seinen jüdisch-anarchistischen Genoss*innen die Lösung der jüdischen Probleme auf dem Weg der zionistischen-sozialistischen Ideologie. Mit ihm gingen, wenn auch nicht ganz so weit, noch etliche andere Genoss*innen, wie der Journalist S. Kats (1846-1941) oder teilweise A. Merison. Hier ist ein Zitat aus dem Epoche machenden Artikel von Zolotarov:

Nehmt es wie ihr wollt, unterdrückt es wie ihr wollt, leugnet es tausend Male ab – wir sind alleine, Juden. Und wenn man das jüdisches Volk als Juden schlägt und verfolgt, peinigt und martert, ruft es da nicht in unseren Seelen mit starkem, tiefem Schmerz, dass wir eher als Juden sterben, als durch die Leugnung unseres Jude sein, uns das Leben erkaufen?

Eurokrise und Euro-„Rettung“ im Lichte der Stirnerschen Staatsauffassung

★ *Amelie Lanier (www.nestormachno.blogsport.de)*

1. Die Staatsauffassung Stirners

Nach Stirner gehört alles eigentlich dem Staat: *„Ich empfange Alles vom Staate. Habe Ich etwas ohne die Bewilligung des Staates? Was Ich ohne sie habe, das nimmt er Mir ab, sobald er den fehlenden »Rechtstitel« entdeckt. Habe Ich also nicht Alles durch seine Gnade, seine Bewilligung?“ (Der Einzige und sein Eigentum, Internet-Ausgabe, <http://www.dreigliederung.de/download/stirnereinzige.pdf>, S 60)*

Das Privateigentum ist also ein Rechtstitel, den der Staat verleiht: *„ … alles Besitzbare ist Staatsgut, gehört dem Staate und ist nur Lehen der Einzelnen“ (ebd.)*

Mit der Einrichtung des Privateigentums richtet der Staat die Konkurrenz ein: *„Indem nämlich der Staat eines Jeden Person und Eigentum gegen den Andern schützt, trennt er sie voneinander: … Wem genügt, was er ist und hat, der findet bei diesem Stande der Dinge seine Rechnung; wer aber mehr sein und haben möchte, der sieht sich nach diesem Mehr um und findet es in der Gewalt anderer Personen.“ (Der Einzige, S. 61)*

Natürlich fußt die Allmacht des Staates, sein Gewaltmonopol auf der Akzeptanz der ihm Unterworfenen, darüber machte sich Stirner keine Illusionen: *„Für ihn ist‘s unumgänglich nötig, daß Niemand einen eigenen Willen habe; hätte ihn Einer, so müsste der Staat diesen ausschließen (einsperren, verbannen usw.); hätten ihn Alle, so schafften sie den Staat ab. Der Staat ist nicht denkbar ohne Herrschaft und Knechtschaft (Untertanenschaft); denn der Staat muß der Herr sein wollen Aller, die er umfaßt, und man nennt diesen Willen den »Staatswillen«.“(Der Einzige, S 102)*

Das soll jetzt aber nicht Thema sein, Gegenstand der Untersuchung ist das Verhältnis von Staat und Privateigentum bzw. -Eigentümer. In seiner Behauptung, der Staat richte das Eigentum nur als „Lehen“ ein, entäußere sich also nur unter bestimmten Bedingungen seines universalen Eigentums und überantworte es den Privaten, erkennt Stirner den Staat als das eigentliche Subjekt der bürgerlichen Gesellschaft an. Der Staat richtet die Konkurrenz ein, weil er sich daraus Vorteile verspricht. Aus der Konkurrenz der Individuen, der Kapitalisten wie der Arbeiter, beschafft der Staat sich die Mittel, mittels derer er seinen Gewaltapparat einrichten und seine Bedingungen diktieren kann. Er bedient sich also des von Privatsubjekten geschaffenen Reichtums seiner Gesellschaft, um seine eigene Macht zu befestigen und ausüben zu können. Das betrifft den gesamten Staatsapparat. Sowohl die gewaltmäßige Abteilung desselben: Heer, Polizei, Justiz, Regierung, als auch diejenigen Abteilungen, die der Verwaltung und Aufrechterhaltung der Klassengesellschaft dienen, wie Gesundheits- und Unterrichtswesen, sowie die Betreuung der Alten und Armen. Es ist wichtig, sich vor Augen zu halten, daß auch letztere Funktionen des Staates sind, und nicht einfach gesellschaftliche Bedürfnisse, denen sich eine vermeintlich neutrale Instanz annimmt. Diese Stirnersche Staatsauffassung, die alles Geschehen in der Gesellschaft vom Staat als übergeordneter Instanz ableitet, steht im Gegensatz zur marxistischen Bestimmung des Staats, derzufolge der Staat ein Ergebnis der Konkurrenz ist.

2. Die marxistische Staatsauffassung

Marx leitet den Staat aus der Konkurrenz der Eigentümer ab. In den

ersten zwei Abschnitten des Kapitals erklärt er, wie Markt, Konkurrenz und Eigentum die Existenz des Staats bedingen. Um die Konkurrenz zu ermöglichen, bedürfen die Marktsubjekte einer übergeordneten Gewalt, die ihren Austausch erst ermöglicht und sie auch mit dem dafür nötigen Geld – dem „allgemeinen Äquivalent", das für einen Markt unumgänglich notwendig ist, – ausstattet. Der Staat wird so zu einer Notwendigkeit der Marktwirtschaft erklärt, aber eben zu einer, die aus der Konkurrenz der Privateigentümer entsteht. Die Staatsgewalt ist somit ein Bedingtes, ein Ergebnis, und beruht stets auf der Konkurrenz.

Marx' Polemik gegen Stirner in der „Deutschen Ideologie" – die er selbst nicht veröffentlichte und für nicht veröffentlichenswert betrachtete – beruht auf seiner Abneigung gegen Stirners Bestimmung des Staates als Subjekt der Geschichte und der Ökonomie. Hierzu muß man allerdings in Betracht ziehen, daß diese Streitschrift lange vor dem „Kapital" verfaßt wurde und viele der dort vertretenen Positionen später von Marx selbst verworfen wurden. Marx hat das „Buch vom Staat", das er geplant hatte, nie geschrieben. Seine Staatstheorie ist daher als unvollständig zu betrachten.

Marx selber wußte, daß hier noch grundlegende Unklarheiten bestanden, als er in der „Kritik des Gothaer Programms" seinen sozialdemokratischen Jüngern vorhielt: *„Freier Staat – was ist das? Es ist keineswegs Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Untertanenverstand losgeworden, den Staat »frei« zu machen. … Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln " (Kritik des Gothaer Programms, IV <http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_013.htm>)*

Damit bestimmte er allerdings, daß es so etwas wie einen Staat, der der Gesellschaft „untergeordnet" sein könnte, geben sollte. Und damit eröffnete er die Debatte um die Bedingtheit des Staates durch die Gesellschaft, wie sie bereits im „Kommunistischen Manifest" bestimmt worden war: *„Der Staat wird zum bloßen „Ausschuss", der die „gemeinschaftlichen Geschäfte" der Bourgeoisie verwaltet." (Manifest, Kapitel 1)*

An diese Auffassung des Staates als Ergebnis der Konkurrenz der Kapitale schließt Engels im „Anti-Dühring" an: *„Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus." (Anti-Dühring, Kapitel II, S. 260)*

Daraus zog Engels den ganz eigenartigen Schluß, daß die Konzentration der Kapitale am Ende ihre Grundlage überflüssig machen würde: *„Der Staat wird nicht »abgeschafft«, er stirbt ab." (ebd., S. 262)*

Auf dieser theoretischen Grundlage aufbauend verkündete Lenin 1917: *„Der bürgerliche Staat »stirbt« nach Engels nicht »ab«, sondern er wird in der Revolution vom Proletariat »AUFGEHOBEN«. Nach dieser Revolution stirbt der proletarische Staat oder Halbstaat ab."(Staat und Revolution, Teil 1 <http://www.mlwerke.de/le/le25/le25_395.htm>)*

Die Fortsetzung ist bekannt. Das Privateigentum und die Konkurrenz wurden in der SU aufgehoben, die Staatsgewalt bestand fort. Der Staat erklärte sich zum Eigentümer. Und als seine Betreiber nach ein paar Jahrzehnten mit dem Ergebnis der universellen Staatsaneignung unzufrieden waren, so richteten sie wieder das Privateigentum, das Stirnersche „Lehen" ein.

Letztere Staatsauffassung – des Staates als Folge, als Ergebnis der Konkurrenz der Eigentümer – hat auch ihren fixen Platz in der bürgerlichen Wissenschaft und dient zur Feier der Demokratie – letztlich sind es die Bürger, die einen Staatsvertrag eingehen und sich einer übergeordneten Gewalt freiwillig unterwerfen, um ihre Gegensätze friedlich auszutragen. Die Idee des Gesellschaftsvertrages ist älter als die Theorien von Marx und Stirner, und entstand im Land, das als die Wiege des Kapitalismus anzusehen ist. Es sei hier nur festgehalten, daß Marx und seine Anhänger in der Tradition Hobbes' stehen, während Stirner mit ihr bricht.

Diese zwei einander gegenüberstehenden Staatstheorien sind nicht eine Frage von Henne und Ei – was war vorher? Es geht um die grundlegende Frage: Wem gehört die Welt? Den Staatsgewalten oder dem Kapital? Diese Frage ist deshalb von Wichtigkeit, weil sich daraus ergibt, welche Instanz in erster Linie zu bekämpfen ist, wenn man eine Gesellschaft errichten will, in der die Ökonomie nicht auf Konkurrenz beruht, sondern auf Kooperation. In der siegestrunkenen Euphorie nach dem Untergang des Realsozialismus erschien es, daß das Pendel zugunsten des Kapitals ausschlug. Das schrankenlose Streben nach Profit wurde allerorten ins Recht gesetzt und alle möglichen bisherigen Grundlagen des Funktionierens der Staaten wurden unter dem Stichwort „Privatisierung" den Gewinnkalkulationen des Kapitals überantwortet, mit teilweise verheerenden Folgen (z.B. die Eisenbahnen in Großbritannien).

Im Gefolge der marxistischen bzw. hobbesianischen Staatsauffassung hat sich leider innerhalb der linken bzw. kritischen Gesellschaftstheorien die Gewohnheit etabliert, das Kapital als „gierig" zu kritisieren und die Staatsgewalt als eine Art Weihnachtsmann zu betrachten, der alle Übel der Konkurrenz zu heilen berufen ist. Der Brandstifter wird als Feuerwehr zu Hilfe gerufen.

Demgegenüber haben die Politiker der EU seit dem Beginn der Finanzkrise einige Handlungen gesetzt, die zeigen, daß in Zeiten der Krise wieder das Primat des Gewaltmonopols gegenüber der Freiheit des Eigentums gilt.

3. Historische Vorläufer der Krisenbewältigung

Unter den derzeit gängigen Vorstellungen, wie man sich gegenüber dem drohenden großen Crash wappnen könne, werden zweierlei Strategien in diversen Foren abgepriesen: Man möge Gold – als werthaltige Substanz – im Garten vergraben, oder man möge in Immobilien als vermeintlichen sicheren Hafen investieren. Demgegenüber sei an die Maßnahme Franklin Delano Roosevelts erinnert, der 1933 Goldbesitz verbot und die amerikanischen Staatsbürger dazu nötigte,

ihre Goldvorräte abzuliefern. Die Weigerung wurde mit hohen Gefängnisstrafen bedroht. Ebenso sei an die 10 Jahre vorher erfolgte Reform der Rentenmark erinnert, der jedem Grundeigentümer eine Zwangsabgabe auferlegte und damit praktisch den Staat zum eigentlichen Grundherrn, die privaten Grundeigentümer zu seinen Pächtern erklärte.

Beide Methoden könnten zum Einsatz kommen, wenn die Eurozone aufgelöst wird, und es darum geht, die wieder einzuführenden nationalen Währungen an irgendeinen realen Wert zu binden. Außer natürlich, die Bewohner Europas machen vorher eine Revolution und jagen die ganze Bande zum Teufel.

4. Bewältigung der Eurokrise als imperialistischer Gegensatz, der auf dem Rücken der Bürger ausgetragen wird

Worum es bei den von den EU-Politikern gesetzten Maßnahmen, die unter dem Stichwort „Euro-Rettung“ laufen, inzwischen eigentlich geht, ist, die Unkosten des Scheiterns der Einheitswährung denjenigen aufzubürden, die sich dagegen nicht wehren können. Das heißt nicht nur Verarmung der Massen, sondern auch Kapitalvernichtung. Es gilt nur, auszustreiten, wo sie stattzufinden hat.

Da waren die „Stützungsaktionen“ für Griechenland und Zypern jeweils Experimente und Präzedenzfälle.
Bei Griechenland wurden Schulden gestrichen, also investiertes Kapital vernichtet. Diejenigen Halter griechischer Staatspapiere, die in den potenteren Euro-Ländern saßen, wie die französischen und deutschen Banken, bei denen sich diese Papiere als Folge von Waffenkäufen Griechenlands in diesen beiden Ländern angesammelt hatten, stießen ihre Papiere rechtzeitig an die EZB ab. Die Kapitalvernichtung fand bei den griechischen Pensionsfonds, den griechischen und den zypriotischen Banken statt, die noch 2009 massive Stützungskäufe griechischer Anleihen unternommen hatten. Es ist nicht auszuschließen, daß ihnen dabei Zusagen gemacht wurden, die später gebrochen worden sind.

Bei der „Stützung“ der zypriotischen Banken wurde auf die Einlagen zugegriffen und damit ein weiterer Schritt gesetzt, um Privateigentum für die Rettung des Kredits der Eurozone heranzuziehen. Die Hauptbetroffenen waren vermutlich die Bewohner Zyperns selbst. Es ist aber sicher, daß sich auch viele Nicht-EU-Bürger hier um einen Teil ihres Vermögens geprellt sehen, die auch noch in Zeiten der Krise blauäugig in diese Wunderwährung vertraut hatten. In erster Linie handelt es sich vermutlich um Bürger der Ukraine, Rußlands oder Israels.

Damit ist auch das Tor geöffnet für den Zugriff auf alle Konten der Bürger der EU. Immerhin wurden ja Zyprioten und Griechen bereits teilenteignet, und diese Beschlüsse wurden von allen Finanzministern der EU mitgetragen. Noch vorher wurden in verschiedenen Euro-Ländern Bargeld-Transaktionen außerhalb einer gewissen Größenordnung verboten, – ein Versuch, die Staatsbürger auf das Bankensystem zu verpflichten. Eine dritte Methode der Enteignung ist diejenige durch Erhöhung von Steuern, Gebühren und Geldstrafen. Nicht nur in Ländern wie Portugal, Griechenland oder Ungarn wurden die Steuern auf alles und jedes erhöht, auch in Deutschland und Österreich sind alle möglichen Preise durch Steuererhöhungen ohne großen Lärm in die Höhe gegangen. Gleichzeitig wird die Inflationsrate manipuliert, indem in die zur Berechnung derselben herangezogenen Warenkörbe alles mögliche hineinpraktiziert wird, was kaum wer braucht, während die Güter des täglichen Bedarfs zu einem vergleichsweise kleinen Posten zusammengequetscht werden.

Inzwischen laufen mit ziemlicher Sicherheit die Versuche der deutschen und anderer Banken auf Hochtouren, ihre spanischen Staatspapiere abzustoßen, um im Falle einer Zahlungsunfähigkeit Spaniens die Füße im Trockenen zu haben.

In Spanien haben hierzulande relativ unbemerkt einige innovative Enteignungsaktionen stattgefunden, rund um den zusammenbrechenden Sparkassensektor: Erst wurden Sparern statt Einlagen Partizipationsscheine an einzelnen Sparkassen aufgeschwatzt, die sich nach der Fusion oder Pleite derselben in Luft aufgelöst haben. Es handelt sich in Summe um ein paar Milliarden Euro, die da vor allem älteren Leuten aus der Tasche gezogen wurden. Dann sollten 7 zu einer Bank fusionierte Sparkassen durch einen Börsengang mit Eigenkapital ausgestattet werden. Vorher wurde groß die Werbetrommel gerührt und neben staatlichen Fonds und den beiden spanischen Großbanken Santander und BBVA auch viele Kleinanleger dazu gebracht, in diese Bankia-Aktien zu investieren. Nicht einmal ein halber Jahr später fiel der Preis dieser Aktien ins Bodenlose, da Bankia ja nur die Zahlungsunfähigkeit der 7 fusionierten Sparkassen bei sich vereinigte. Die Bank mußte verstaatlicht werden und wird seither mit staatlichen Garantien künstlich beatmet. Die Kleinanleger schauten durch die Finger.

Die in der EU derzeit stattfindende Jagd nach Schwarzgeldern und versteckten Vermögen ist ein weiterer Versuch, Geld in die leeren Kassen der EU-Staaten zu füllen bzw. dieses Geld zur Deckung der faulen Kredite ihrer Banken aufzustellen.

Es ist vom Standpunkt des eigenen Interesses sehr verkehrt, wenn sich jetzt irgendwelche braven Bürger freuen, daß es endlich auch „Großen“ an den Kragen geht.

Anzeige

Thesen zu Homosexualität und Homophobie

★ *Gruppe „Kritik im Handgemenge“ (Bremen)*

1. Homo-, Bi- und Heterosexualität sind nicht biologisch bestimmt. Alle Forschungsversuche, die einen Beweis für eine biologische Ursache von Homosexualität liefern wollten, haben sich bemüht, statistische Zusammenhänge zwischen sexueller Neigung und Körpermerkmalen zu finden. Vergrößerte Ohrläppchen, Hodenbeschaffenheit, Gehirnbesonderheiten, DNS-Sequenzen etc. müssten jedoch, selbst wenn innerhalb der untersuchten Gruppe eine Überschneidung bestünde, nicht unbedingt deren Ursache sein – schließlich ist das vermehrte Auftreten von Männern mit weißen Bärten und roten Mänteln rund um den 24.12. auch kein Beweis dafür, dass der Weihnachtsmann die Geschenke bringt. Ein Beweis müsste den inhaltlichen Zusammenhang aufzeigen, welcher als statistische Korrelation unmöglich zu erbringen ist. Die Wissenschaft ist bis heute unfähig geblieben, auch nur erste Anhaltspunkte zu liefern, dass sich das sexuelle Begehren aus der Biologie ergibt.[1] Menschliche Sexualität ist eine spezifisch gesellschaftliche Angelegenheit, daher ist es schlichtweg falsch, nach rein biologischen Determinanten oder Erklärungen zu suchen.

2. Die Natur liefert die materiellen Voraussetzungen von menschlicher Sexualität (Körper mit Nerven, Gehirn, Flüssigkeiten usw.), die jeweilige Gesellschaft die Bedingungen, unter denen sie stattfindet (in Form der politischen Herrschaft mit ihren Gesetzen und Verordnungen, aber auch als durchgesetzte Vorstellungen, Erwartungen und Sehnsüchte im menschlichen Miteinander, ebenso in Form von Wissen über Sexualität und in den Spielzeugen, Hilfs- und Anregungsmitteln). Die Inhalte und Formen des Sexuellen aber entstehen aus dem Denken und Fühlen der Einzelnen, die diese Voraussetzungen und Bedingungen interpretieren.

3. Das “Natur”-Argument halten viele für so einleuchtend, weil ihnen ihr eigenes sexuelles Begehren als etwas erscheint, das nicht einfach durch Beschluss zu ändern ist. Falls sich ihre sexuelle Orientierung im Laufe ihres Lebens dann doch einmal verändert, meinen sie in der neuen Form zumeist ihre ureigenste, zuvor unterdrückte, wahre sexuelle Identität zu entdecken. Gerade weil der moderne Mensch in Liebe und Sexualität sein wahres Wesen ausdrücken will und seine Identität darin findet zu sein, wer er ist (und nicht bestimmt von Mutter, Vater, Staat und Kapital), soll seine Sexualität und sein Verlieben eben auch ganz seins sein. Den langen Weg, den jedes bürgerliche Subjekt von seiner Geburt bis zur Entwicklung explizit sexueller Phantasien und Praktiken zurücklegt; die Fülle von Erfahrungen und Entscheidungen; all die sinnigen und unsinnigen Gedanken und Gefühle des Menschen zu ihrem Verlangen, den Objekten ihres Verlangens und deren Verhalten – all das erscheint so dem Menschen wie ein langer Weg zu sich selbst und ist rückblickend sinnvoll in die eigene Geschichte eingeordnet. Der Prozess erlischt im Resultat.

4. Politischen Anklang bei der Schwulenbewegung hat die sexuelle Vererbungslehre dadurch gefunden, dass sich damit gegen Therapie- und Bestrafungskonzepte kämpfen ließ – und alle fundamentalistischen Christenmenschen sich dann die Frage gefallen lassen müssen, warum der Herrgott die Schwulen und Lesben so geschaffen hat, wenn er sie denn hasst. Die Vorstellung der Sünde setzt eben den freien Willen voraus, gegen Gottes Gebote verstoßen zu können. Wenn Homosexualität vererbt ist, dann kann sie keine Sünde sein. Das Argument ist aber defensiv, oft hilflos, immer dumm und gefährlich und hat im schlimmsten Fall brutale Konsequenzen. Defensiv, weil die Homosexuellen als determinierte Tröpfe vorgestellt werden, die vielleicht ja anders wollen würden, wenn sie nur könnten – anstatt zu sagen, dass es Lust bereitet und auch keinen Schaden anrichtet.[2] Hilflos, weil längst Ideologien entwickelt wurden, um den Widerspruch zwischen göttlicher Schöpfung und angeblich natürlicher Homosexualität zu überbrücken („besondere Prüfung“, „wir lieben Homosexuelle, aber hassen ihren sündigen Lebensstil“ etc.). Ein rechter Moralist wird sich von „schwulen“ Pinguinen nicht von seinem Hass auf Homos abbringen lassen. Dumm und gefährlich, weil es einem Biologismus das Wort redet, der alles von der Arbeitslosigkeit bis zum Zungenkuss aus der Abfolge von Aminosäuren erklärt, und damit von Menschen gemachte Verhältnisse zu unveränderlicher Natur (v)erklärt. Es hat im schlimmsten Fall brutale Konsequenzen, weil wenn Homosexualität als Übel betrachtet wird, das durch die Natur hervorgerufen wird, dies auch zur Konsequenz haben kann, alle Homosexuellen und sonstigen „Abweichler“ zu vernichten.[3]

5. Die Menschen machen ihre Sexualität selbst – aber sie machen sie nicht aus freien Stücken: Sie können nicht einfach durch Beschluss auslöschen, was ihnen mit und ohne ihren Beschluss widerfahren ist und was sie aus ihren Erlebnissen gemacht haben. Weil die Psychoanalyse einmal versprochen hatte, genau solche Mechanismen aufzuzeigen und handhabbar zu machen, suchten viele Homosexuelle in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren „Heilung“ bei ihrem Therapeuten. Die Psychoanalyse hatte sich bezüglich der Homosexualität für Jahrzehnte zu einer reinen Hetero-Norm-Durchsetzungstherapie

[1]: Die häufig zu hörende Erweiterung, in Wirklichkeit Verwässerung des Gen-Arguments, es sei wohl ein komplexes Zusammenspiel von Umwelt und Anlage am Werk, nämlich einer genetischen “Disposition”, die dann auf soziale “Faktoren” treffe, hat natürlich den Vorteil, dass man hier gar nichts mehr beweisen muss und auch gar nicht kann. Denn wie sollte das wohl nachgewiesen werden? Umwelt und Anlage sind zu ihrer Begründung wechselseitig aufeinander verwiesen: Was sich nicht durch die Anlage erklären lässt, muss seine Ursache wohl in entsprechenden Umweltbedingungen haben und umgekehrt. Somit wird der freie Wille des Menschen als Ursache gar nicht erst in Betracht gezogen. [2]: Es soll hier nicht gesagt sein, dass Sex nur okay ist, wenn dabei niemand verletzt wird. Jedoch sind wir der Auffassung, dass Sex nur dann okay ist, wenn niemand unwillentlich verletzt wird. [3]: Die Nazis waren sich übrigens nicht sicher, ob Homosexualität nun erblich oder anerzogen ist und haben darum eine Vielzahl widerlicher „Experimente“ gemacht.

entwickelt. Dabei wurden die albernsten, widersprüchlichen psychologischen Theorien über familiäre Bedingtheit von Homosexualität hervorgebracht (mal waren die Mütter zu kalt, mal zu liebevoll, mal zu dominant, mal zu abwesend – mal waren die Väter zu kalt, mal zu liebevoll, mal zu dominant, mal zu abwesend). Heute ist die vorherrschende Meinung in der Psychologie, Homosexualität sei „multifaktoriell" und sie gibt damit wenigstens zu Protokoll, dass sie auch keine Ahnung hat, woher die Homos denn nun kommen.

6. Was nicht weiter schlimm ist – die Frage nach dem Ursprung von Homosexualität ist nämlich meist blöd. Sie ist fast immer Auftakt zur Pathologisierung oder Verfolgung und macht letztlich Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender zur erklärenswerten Anomalie – anstatt zu fragen, woher denn das Konzept kommt, ausgerechnet an primären und sekundären Geschlechtsmerkmalen eines Menschen festzumachen, ob er oder sie als Sexual- und Liebespartner_in in Betracht kommt. Denn auch wenn die Beschaffenheit des Körperbaus, die Körperbehaarung und das Vorhandensein eines Penis oder einer Vagina[4] sexuell mehr oder weniger reizvoll sein können: a) Gibt das biologische Geschlecht zu sehr vielen dieser Fragen gerade mal eine Wahrscheinlichkeit an und ist b) die sexuelle Besetzung von körperlichen Attributen nicht unabhängig von den Gedanken und Vorstellungen, die man sich darüber macht. Im Übrigen gehen die gängigen Konzepte immer wieder davon aus, dass Liebe und sexuelle Anziehung eigentlich zusammenfallen sollen und müssen. Das ist aber gar nicht so.

7. Homo- und Heterosexualität sind zwei einander entgegengesetzte Konsequenzen aus dem herrschenden Geschlechterverhältnis, nämlich nur eins der beiden anerkannten Geschlechter zu begehren. Daran ist nichts logisch, aber auch nichts weiter verwerflich. Zwar bedeutet es erstmal, die Hälfte der Weltbevölkerung von vornherein nicht sexuell und amourös interessant finden zu wollen. Wäre das die einzige Folge der ganzen sexuellen Identitätshuberei, so würde man ebenso wie bei Menschen, die keinen Spinat mögen, die Schultern zucken und sich maximal wundern, warum Geschmäcker so verschieden sein können. Aber die Verhältnisse sind nicht so: Sexuelle Identität ist keineswegs nur ein verfestigtes Geschmacksurteil.

8. Nach wie vor sind nämlich Homo- und Heterosexualität Sortierungen, aus denen eine Menge Leid und Gewalt folgen. Wenn diese Identitätshuberei die Massen ergreift, wird sie selbst eine materielle Gewalt – auch gegen die, die sie nicht teilen. Die heterosexuelle Vorannahme verunsichert auch heute noch Homosexuelle in modernen westlichen Gesellschaften und zwar nicht erst, wenn Schwule und Lesben zusammengeschlagen werden. Jeder dritte Selbstmord bei Teenagern soll etwas mit Homosexualität zu tun haben; die permanente, gar nicht immer bös gemeinte oder absichtliche Zurückweisung und Ausgrenzung „Anders"liebender und -vögelnder bringt eine Fülle von Macken und Merkwürdigkeiten hervor, die an Trostlosigkeit, Selbstzerstörung und Selbstgefährdung mit den düstersten Auswüchsen des heterosexuellen Geschlechts- und Liebeslebens locker mithalten können.

9. Dazu kommen noch der direkte und deutliche Hass und Ekel der nicht-homosexuellen Welt, die jenseits der Hochglanzbroschüren der Gleichstellungsbeauftragten immer noch weit verbreitet sind. Männer und Frauen müssen auch in westlichen Staaten häufig um ihre Gesundheit fürchten, wenn sie als „schwul" bzw. „lesbisch" bezeichnet werden. Ekel wird beiden entgegengebracht – im Umgang mit lesbischen Frauen kommt noch stärker eine Ignoranz etwa in Form der Einordnung als vorübergehende Phase hinzu. „Schwul" ist bei Kindern und Jugendlichen erst einmal alles, was irgendwie doof ist und nicht funktioniert – und gilt als mit das Schlimmste, was einem Jungen überhaupt nachgesagt werden kann. Aber Schwul-Sein ist mehr als nur „doof": Das Schlimmste an der männlichen Homosexualität scheint immer noch zu sein, dass sich dort Männer ficken lassen[5] und Spaß dran haben. Und „gefickt zu werden", das ist eben das Aufgeben der Herrschaftsposition, das ist zum-Objekt-werden. Daran Spaß zu haben und nicht der coole, kontrollierte und kontrollierende Mann zu sein, das widerspricht dem saublöden Männlichkeitsideal nicht nur der meisten männlich sozialisierten Menschen. Diesem Ideal zu entsprechen erfordert einiges an Durchhaltevermögen und Opferbereitschaft – und diejenigen, die damit brechen, werden als Bedrohung empfunden – weshalb Schwule von der blöden Anmache bis zum Zusammengeschlagen einiges durchzumachen haben. Dieses Ideal ist weiterhin die traditionelle, aber nicht aus der Mode gekommene Fassung des erfolgreichen bürgerlichen Konkurrenzsubjekts,[6] das sich weder von Gefühlen noch von seiner Lust beherrschen lässt, verbunden mit der falschen Vorstellung, die richtige Haltung sei eine Erfolgsgarantie. „Lesbisch" als Schimpfwort wird zwar nicht als Synonym für „scheiße" gebraucht, doch z.B. in der Schule als „Lesbe" verschrien zu sein, ist beleidigend gemeint und isoliert die Person in der Regel. Händchenhalten unter Mädchen wird zwar in westlichen Ländern anders betrachtet als unter Jungs. Aber werden aus „spielenden Mädchen" irgendwann „Lesben", trifft sie ebenfalls körperliche Gewalt und auf jeden Fall eine Menge Verachtung. Diese Ablehnung hängt – entsprechend des Geschlechterbilds – auch damit zusammen, dass einerseits sich in den Augen der Macker lesbische Frauen der männlichen Verfügungsgewalt als Sexualobjekte entziehen, andererseits damit, dass lesbische Frauen ihre Funktion und Rolle als Frau und Mutter ganz prinzipiell nicht erfüllen, die in den Augen eines Großteils der Gesellschaft ihre eigentliche Aufgabe wäre.

10. Unbestritten ist das Leben von Schwulen und Lesben in westlichen Staaten heute sehr viel einfacher als noch vor ein paar Jahren. Nachdem dort Ende der 1960er Jahre die Regulierung der Sexualität ihrer Bürger nicht aufgegeben, aber nach neuen Prinzipien gestaltet wurde, hat die polizeiliche Überwachung und Verfolgung der – männlichen– Homosexualität stark abgenommen bzw. auf-

[4]: *Den meisten ist dabei sehr wichtig, dass diese „primären Geschlechtsmerkmale" seit Geburt an der jeweiligen Person vorhanden sind.* [5]: *„Schwul ist nur, wer sich bückt, der andere ist einfach krass drauf" (Toilettenspruch).* [6]: *Heutige Erfolgstipps, als Frau auch mal Stärke zu zeigen und als Mann auch Soft Skills zu entwickeln, sind keine Auflösung der klassischen Geschlechterbilder, sondern eine Anpassung, in der der Bezug auf die ursprüngliche Rollenverteilung weiter enthalten ist.* [7]: *Im Regelfall – die uns bekannte Ausnahme war der austrofaschistische Staat, den wir für diese verfolgende Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen aber auch nicht loben wollen – interessierten sich die modernen Homosexuellenverfolger nur für Schwule. Ob das mit der generellen Geringschätzung weiblicher Sexualität oder mit den stärkeren Bedrohungsgefühlen in Sachen schwuler Sex wegen Penetration von und durch Männer zu erklären ist oder noch ganz anders, können wir hier nicht endgültig beantworten.*

gehört[7]. Dadurch wurde erst eine schwule Subkultur ermöglicht, die noch ganz davon lebte, ein Gegenentwurf zu den sexualmoralischen Vorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft zu sein, welcher ein Maß an Befreiung ermöglichte, von dem Veteranen noch heute sehnsuchtsvoll berichten. Sie war aber zugleich eine Illustration der Tatsache, wie sehr auch die Aufstände und Übertretungen noch den Konventionen gehorchen, gegen die sie sich subjektiv richten: Denn das in den 1970ern entworfene Modell des Homosexuellen nahm immer wieder Bezug auf die Klischees der bürgerlichen Gesellschaft.[8] Genau diese Subkulturen wurden in West- und Nordeuropa, Kanada, Australien, Neuseeland nach dem Auftauchen von AIDS ein wichtiger Juniorpartner des Staates beim Kampf um die Volksgesundheit und zugleich auch zum Transmissionsriemen bürgerlicher Normen in den Rest der schwulen Szene hinein. Heute sind die verbliebenen Schwulenorganisationen weit entfernt von jeglicher Kritik an der Gesellschaft, um deren vollständige Anerkennung ihrer Liebes- und Lebensweisen sie so hartnäckig kämpfen. Die lesbische Subkultur hat sich dagegen im Rahmen der feministischen Bewegung entwickelt und ist so angepasst und unangepasst wie diese. Da das Sexuelle in der lesbischen Bewegung nicht derartig im Vordergrund steht, ist sie weniger Adressat sexualpädagogischer Bemühungen des Staates und seines Gesundheitssystems.

11. Weltweit ist zum Optimismus in Sachen Emanzipation kaum Anlass vorhanden. In vielen, nicht nur islamischen Staaten wird homosexuelle Emanzipation als Zersetzung und Zerstörung der Nation gesehen – und entsprechend Homosexuelle als Gefahr behandelt, verfolgt und bestraft. Diese Regimes haben materiell ihren Bürger*innen nichts zu bieten, oft nicht mal die schäbige Möglichkeit, sich für fremden Reichtum den Buckel krummzuschuften. Entsprechend scharf sind diese Nationen auf den Idealismus ihrer Staatsbürger*innen und bekämpfen den westlichen „Individualismus"; das heißt das freche Märchen, im Kapitalismus gehe es dauernd nur um das Streben nach individuellem Glück, wird als Bedrohung der Aufopferung für Staat und Glauben gegeißelt. Die Schwulen – weniger die Lesben[9] – werden heute als Repräsentant*innen dieses Modells verfolgt: Zerstörer der traditionellen Werte, Familien- , Ehe- und Nachwuchsverweigerer, Schwächer der männlichen Kampfkraft für Nation und/oder Umma[10].

12. In vielen Ex-Kolonien wird Homosexualität als Produkt des Kolonialismus dargestellt. Homosexuelles Verhalten lässt sich in diesen Gesellschaften aber fast immer auch schon vor der europäischen Kolonialisierung nachweisen[11], z.T. besungen und gepriesen, z.T. auch einfach als selbstverständliche Durchgangsphase vor allem männlicher Sexualität verschwiegen. Die (dortigen) Schwulen haben das Pech, als Symbol für koloniales Erbe, westliche Dekadenz und vor allem fehlende männliche Pflichterfüllung herhalten zu müssen.[12] Alle eklige Scheiße, die die europäischen Nationen bereits im 19. Jahrhundert an, mit, durch und gegen ihre(r) Bevölkerung durchgezogen haben, spielen die Verliernationen der ganzen Welt jetzt noch einmal durch. Und im Gegensatz zur gelungenen Kapitalakkumulation, die sie nicht hinkriegen und in der Masse auch gar nicht hinkriegen können, brauchen sie bei der moralischen Volksertüchtigung nicht zu befürchten, in der Konkurrenz zu unterliegen – höchstens, dass die imperialistischen Länder hin und wieder ihren Unwillen über mangelnde Botmäßigkeit in Form von Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen kleiden. Und dabei haben auch Länder, die vor 30 Jahren selber noch Schwule in den Knast gesteckt haben, die Homofrage als imperialistischen Einmischungstitel entdeckt.

13. Auch innenpolitisch werden Fragen der „Integration" von Migranten nun des Öfteren mit der Homofrage verbunden. Ein Rassist, der sonst nicht weniger interessiert sein könnte an Homophobie und hier und da auch mal selbst einen Spruch gegen Schwule macht, fühlt sich nun bemüßigt, Homophobie auf einmal an allen möglichen Ecken und Enden auszumachen – aber ausschließlich in der migrantischen Community. Das verweist auf das Problem jeglicher Identitätspolitik, die bloß fordert, die jeweilige Gruppe nicht mehr aus der Nation auszuklammern.[13]

---

[8]: *Z.T. war das neue selbstbewusste Posen als sexuell befreites, sich nicht an gültigen Codes bürgerlicher Männlichkeit haltendes Individuum eben nur die positive Umwertung alter Klischees von Schwulen als sexuell haltlos, effeminiert usw.. Das kommt sicherlich sympathischer rüber als die verklemmten autoritären Spießerfressen, ist aber da schlecht, wo eben ein neues Idealbild entwickelt wird, dem mensch zu genügen hat – wer zweimal mit dem/derselben pennt, gehört keineswegs schon zum „Establishment", und Promiskuität ist auch nur dann geil, wenn sie der betreffenden Person Spaß macht und nicht ein verzweifelter Selbstbestätigungstrip oder eine fiese Konkurrenz ist. Z.T. aber wurden und werden einfach nur die Geschlechterklischees innerhalb eines Geschlechts durchgespielt, mit durchaus bösartigen Ausgrenzungen von z.B. „Tunten".*

[9]: *Ob das damit zu tun hat, dass in den entsprechenden Ländern Frauen sowieso nicht als vollwertige Menschen gesehen werden und lesbische Sexualität deswegen nicht ernst genommen wird oder ob die Gewalt gegen lesbische Frauen im häuslichen Bereich bleibt und von Vater, Bruder, Ehemann usw. ausgeübt wird und nicht an die Öffentlichkeit gerät (um die Ehre der Familie nicht zu „beschmutzen" usw.), vermögen wir nicht zu sagen.*

[10]: *„Umma" bezeichnet die religiöse Gemeinschaft aller Muslime.*

[11]: *Als der marokkanische Gelehrte Muhammad al-Saffar in den 1840er Jahren Paris besuchte, stellte er verwundert fest:"Tändeleien, Romanzen und Umwerbungen finden bei ihnen [den Franzosen] nur mit Frauen statt, denn sie tendieren nicht zu Knaben oder jungen Männern. Vielmehr gilt ihnen das als extrem schändlich." (Georg Klauda: "Mit Islamophobie contra Homophobie?" in: Arranca! 37, http://arranca.org/ausgabe/37/mit-islamophobie-contra-homophobie; zitiert nach: Khaled El-Rouayheb, Before Homosexuality in the Arab-Islamic World, 1500-1800. Chicago, 2005. S.2)*

[12]: *Auch im Westen lässt sich beobachten, dass Homosexualität als Symbol für Egoismus und Verantwortungslosigkeit (unterlassene patriotische Pflicht der Nachwuchserzeugung) und Dekadenz steht. Herr Elsässer beipsielsweise schimpft gegen „postmoderne Warmduscher" und gab am 19.9.2006 in der Zeitung „junge Welt" folgendes zum Besten: "Mit Staatsknete wird Multikulti, Gendermainstreaming und die schwule Subkultur gefördert, während die Proleten auf Hartz IV gesetzt werden und sich oft auch keine Kita, kein Schwimmbad und keine warme Wohnung mehr leisten können" („Der Osten wehrt sich"). Und das Bundesverfassungsgericht begründete sein Urteil zum Erhalt der durch die Nationalsozialisten verschärften Variante des §175 (Verbot von sexuellen Handlungen von Männern mit Männern) Ende der 50er Jahre ebenfalls mit fehlender vaterländischer Pflichterfüllung, daher konnten sich schwule Männer nicht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit (im Grundgesetz §2) berufen. Inzwischen hat sich angesichts der permanenten Lobbyarbeit für die Schwulen- und Lesbenehe sowie dem Adoptionsrecht auch für gleichgeschlechtliche Paare eine gewisse Verschiebung ergeben. Es ist eben schwierig, jemandem Verantwortungslosigkeit vorzuwerfen, wenn der/die dauernd darum kämpft, Verantwortung übernehmen zu dürfen. Jetzt geht das Ressentiment eher so: Homosexuellen seien zur Verantwortungsübernahme sittlich-moralisch per se nicht in der Lage, sondern benutzten Kinder nur zur Selbstverwirklichung. Realsozialistische Standpunkte sahen teils ähnlich, teils anders aus: Die DDR hatte die Verschärfungen des §175 rückgängig gemacht. Nicht unerwähnt bleiben sollte der Paragraph §121 des sowjetischen Strafbuchs, welcher neue Maßstäbe für die – bis dahin recht liberale – Handhabung gesetzt hat. Während sich die Sowjetunion vorher rühmte, männliche Homosexualität zu entkriminalisieren, so wurde später mit Genugtuung festgestellt, dass der dekadente Westen seine „Perversen" zu lasch behandele. Allerdings waren die meisten Ostblockstaaten wesentlich weniger rigide als die UdSSR und der „freie Westen" in der Zeit vor den 1970er bis 1980er Jahren.*

[13]: *Zur Kritik von Identitätspolitik siehe unseren Text „Proud to be ... so what?" auf http://www.junge-linke.org*

Avec l'Anarchisme contre la Barbarie

★ *Anarchisme ou Barbarie (www.anarchismeoubarbarie.wordpress.com)*

Erwiderung auf den Beitrag „Against Anarchism, for Wild Anarchy" in der Gai Dào Nr. 30, zugleich Versuch einer Erweiterung der ursprünglich formulierten Kritik am „Anarcho"-Primitivismus.

1. Ein kurzer historischer Exkurs

Im dritten Absatz von „Against Anarchism[...]" wurde der Versuch unternommen, dem „Anarcho"-Primitivismus[1] einige historische Vorläufer zuzuordnen, wie bspw. mit der Feststellung „Menschen haben jahrtausendelang ohne Zivilisation gelebt". Dies ist faktisch richtig, allerdings waren diese Menschen keine Primitivist*innen, sondern haben, wie die prähistorische Forschung gezeigt hat, alle ihnen zur Verfügung stehenden Technologien genutzt und neue Technologien hervorgebracht. Die Luddit*innen lehnten Technologie ebenfalls nicht aus prinzipiellen Erwägungen heraus ab, sondern weil sie durch die Industrialisierung ihrer Erwerbsmöglichkeiten als Handwerker*innen und Heimarbeiter*innen verlustig gingen. Es macht also wenig Sinn, aus diesen unterschiedlichen Phänomenen eine Traditionslinie des Primitivismus konstruieren zu wollen.

Die These, dass hierarchische gesellschaftliche Strukturen und Umweltzerstörung durch die Entstehung der ersten komplexeren sozialen Strukturen (z.B. Städte) erstmals verursacht wurden, ist bei näherer Betrachtung ebenfalls nicht haltbar. Weder waren „primitive" Gesellschaften notwendigerweise hierarchiearm, noch war diesen Gesellschaften die Zerstörung ihrer Umwelt fremd. Wie Murray Bookchin in seinem Werk „Social Anarchism and Lifestyle Anarchism. An unbridgable Chasm" ausführte, gab es bereits in der Altsteinzeit, lange vor der Entstehung der ersten Städte oder der Erfindung der Landwirtschaft, streng hierarchisch strukturierte Gesellschaften[2]. Dasselbe gilt im wesentlichen auch für heutige Gesellschaften, die auf dem technologischen Niveau des Paläolithikums leben. Diese können egalitär oder hierarchisch mit einer großen Zahl von Abstufungen dazwischen sein. Ein von Bookchin genanntes Beispiel ist die Kultur der Yuqu in der Amazonasregion, die zwar weder das Feuer noch das Rad kennen, deren Gesellschaft aber dennoch durch Sklaverei strukturiert ist.

Wir sehen hier also, dass zwischen technologischem Niveau und Hierarchie kein kausaler Zusammenhang besteht.

2. Struktur, Organisation und Herrschaft

„Against Anarchism" begeht leider den Fehler, zwischen Struktur, Organisation und Herrschaft nicht ausreichend zu unterscheiden. Prinzipiell ist festzuhalten, dass jede Gruppe (von Gesellschaft ganz zu schweigen) über eine Struktur verfügt. Diese Struktur mag informell oder amorph sein, vorhanden ist sie in jedem Fall. Der Verzicht auf formale Strukturen führt daher nicht automatisch zu Hierarchiefreiheit innerhalb der Gruppe, sondern begünstigt Intransparenz und die Entstehung verdeckter Hierarchien. Ein Beispiel ist die Praxis vieler linker Gruppen (auch mit anarchistischem Anspruch, insbesondere autonome Kleingruppen), die durch den Verzicht auf formale Strukturen, eine feste Aufgabenverteilung und klare Verantwortlichkeiten den Eindruck eines hierarchiefreien Zusammenhangs erwecken. Gleichzeitig wird die politische Ausrichtung und Aktivität dieser Gruppen jedoch durch einige wenige Mitglieder bestimmt, die z.B. besonders dominant auftreten, auf Plena am lautesten und meisten reden oder über Insiderwissen verfügen. Zudem entsteht durch diese verdeckten Hierarchien ein hohes Maß an Intransparenz, was unter anderem dazu führt, dass nicht zur „in-group" gehörige Menschen nur schwer Zugang zur Gruppe finden, insbesondere wenn sie sich habituell (z.B. durch Kleidung, Musikgeschmack, Sprache usw.) von den Gruppenmitgliedern unterscheiden. Dies ist mit einem herrschaftsfreien Anspruch nur äußerst schwer zu vereinbaren.

Verfügt eine Gruppe, Organisation oder Gesellschaft hingegen über formale basisdemokratische Strukturen, so ist Herrschaftsfreiheit möglich. Eine klar definierte Aufgabenverteilung führt nicht nur zu einer effizienteren Arbeit, sondern auch dazu, dass Menschen primär jene Tätigkeiten übernehmen können, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechen. Außerdem ist allen Beteiligten klar, wer was macht, so dass im Idealfall nichts wichtiges liegen bleibt. Das Argument, dass Arbeitsteilung automatisch Hierarchie bedeutet, kann nur als absurd betrachtet werden[3]. Auch die Aufstellung formaler Regeln für die Entscheidungsfindung[4] ist sinnvoll, da so allen Mitgliedern die Teilhabe an der Entscheidungsfindung möglich ist und das Aushecken von Grundsatzentscheidungen durch wenige „Macher*innen" zumindest erschwert wird. Gleichzeitig ist durch solche Regelungen auch die Lösung von Konflikten innerhalb der Gruppe möglich. Ähnliches gilt für andere formale Strukturen. Formale Regeln für Diskussionen wie z.B. Redezeitbegrenzungen können bspw. sinnvoll sein um zu verhindern, dass immer nur die gleichen Personen lange Reden schwingen, während andere gar nicht zu Wort kommen. Die Liste der Beispiele ließe sich noch eine ganze Weile fortführen, so ermöglichen z.B. Protokolle auch Menschen, die bei den fraglichen Treffen nicht dabei waren, einen Überblick über getroffene Entscheidungen und die Möglichkeit, gegebenenfalls ein

[1]: *Das Präfix „Anarcho" ist hier bewusst in Anführungszeichen gesetzt, da es sich, wie bereits im Essay „Kritik des Anarcho-Primitivismus" ausgeführt, beim Primitivismus um eine autoritäre und menschenfeindliche Ideologie handelt. Der Begriff „Anarcho-Primitivismus" ist daher nicht weniger wiedersinnig als bspw. der Begriff des Anarcho-Kapitalismus oder Anarcho-Stalinismus.*

[2]: *In Abschnitt 7 des Textes („Mystifying the Primitive") führt er das Beispiel der Kultur von Sungir an.*

[3]: *Ist z.B. in der FAU Bielefeld der Protokollant der Chef oder doch eher der Verantwortliche für die Website?*

[4]: *Selbstverständlich müssen auch diese Regeln basisdemokratischer Natur sein.*

nachträgliches Veto einzulegen. Selbstverständlich müssen bei der Aufstellung und Nutzung formaler Strukturen basisdemokratische Prinzipien wie das imperative Mandat, die jederzeitige Abrufbarkeit von Funktionsträger*innen, das Rotationsprinzip usw. streng eingehalten werden, um Hierarchiebildung zu verhindern. Die Strukturfrage innerhalb emanzipatorischer Gruppen ist allerdings schon in Jo Freemans klassischem Text „The Tyranny of Structurelessness“[5] ausführlich behandelt worden, sodass weitere Erörterungen an dieser Stelle redundant wären.

3. Es gibt kein Zurück hinter die Massengesellschaft

Die vorangegangenen Ausführungen zum Thema Struktur gelten in ähnlicher Form auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sowie für die in „Against Anarchism“ angesprochenen Komplexe Güterproduktion und Bildung.

„Against Anarchism“ fordert die Überwindung der „industriellen Massengesellschaft“. Angesichts einer Menschheit aus 7.000.000.000 Individuen ist die Massengesellschaft eine Realität, die sich nicht überwinden lässt, zumindest nicht ohne einen massiven Bevölkerungsrückgang. Es ist daher das Ziel anarchistischer Theorie und Praxis (nicht erst seit heute), das Zusammenleben und Wirtschaften auch großer Zahlen von Menschen in Freiheit möglich zu machen. Selbstverständlich muss dabei auch in komplexen gesellschaftlichen Zusammenhängen die Freiheit der Assoziation gewährleistet bleiben. Es ist jedoch nicht ersichtlich, warum dies nur in einer face-to-face-Interaktion möglich sein soll, zumal moderne Kommunikationsmittel auch Kommunikation ohne körperliche Anwesenheit ermöglichen. Die Praxis anarchistischer Massenorganisationen hat in der Geschichte immer wieder gezeigt, dass sich auch Millionen von Menschen dezentral, selbstbestimmt und hierarchiearm organisieren können. Die klassischen historischen Beispiele der CNT und der Makhnovshchina zeigen beispielhaft, dass dies sogar noch in Extremsituationen wie einem Weltkrieg gelingen kann. Die bloße Behauptung, dass dies nicht möglich wäre, ist mit der historischen Realität nicht in Einklang zu bringen.

Die in „Against Anarchism“ ebenfalls aufgestellte Behauptung, dass eine von den Arbeiter_innen selbst organisierte und koordinierte, dezentrale Güterproduktion „staatsähnlich“ und mit Herrschaftsfreiheit unvereinbar sein soll, entbehrt ebenfalls jeder faktischen Grundlage (und wird auch im Text nicht weiter begründet). Der Staat definiert sich durch seinen zentralen, hierarchischen und fremdbestimmten Charakter, ebenso wie die kapitalistische Wirtschaftsorganisation. Diese Charakteristika sind bei einer anarchistischen, von den Arbeiter*innen selbst nach ihren eigenen Bedürfnissen[6] organisierten Wirtschaftsweise erkennbar nicht mehr gegeben. Die Teilnahme an jeglichen ökonomischen Tätigkeiten ist in einer anarchischen Gesellschaft selbstverständlich freiwillig, wobei die Erfahrung zeigt, dass die meisten Menschen gerne produktive Tätigkeiten ausüben, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechen. Sollten bestimmte Tätigkeiten wirklich von niemandem ausgeübt werden wollen, so ist auch hierfür ein gesellschaftlicher Konsens zu finden, so diese Tätigkeiten für notwendig erachtet werden. Dieser Konsens ist natürlich von den Betroffenen zu finden, wobei sich der Autor dieses Textes bspw. vorstellen kann, diese Tätigkeiten soweit wie möglich von Maschinen erledigen zu lassen und einen etwaigen Rest möglichst gleichmäßig zu verteilen.

Ähnliches wie hier für die Güterproduktion gilt auch für die Frage der Bildung. Ein gewisses Maß an Standardisierung ist sicherlich auch in einer anarchischen Gesellschaft nötig, allein schon um überhaupt miteinander kommunizieren zu können[7]. Warum ein herrschaftsfreies Bildungssystem ein Ding der Unmöglichkeit sein soll, wird leider auch nicht schlüssig begründet. Ein solches Bildungssystem definiert sich durch einige grundlegende Kriterien. Dazu gehören nach Ansicht des Autors vor allem die Freiwilligkeit und die Offenheit. Offenheit bedeutet in diesem Kontext, dass alle Menschen die Möglichkeit haben müssen, alles zu lernen, was sie lernen möchten. Die Möglichkeit zur freien Entfaltung von Fähigkeiten und Neigungen als „Luxus“ zu bezeichnen und pauschal abzulehnen, ist ein Schlag ins Gesicht aller Menschen, denen diese Möglichkeit in der heutigen Gesellschaft aufgrund rassistischer, sexistischer, ökonomischer oder sonstiger Diskriminierung verweigert wird.

4. Anarchismus bedeutet Fortschritt, nicht Regression

Der autoritäre Anspruch des Primitivismus, nach dem die gesamte Menschheit zwingend nach primitivistischen Vorgaben leben müsste, wird auch in „Against Anarchism“ aufrecht erhalten. Seine Begründung, Zivilisation verursache Umweltverschmutzung, macht diesen Anspruch nicht weniger autoritär, da die Autor*innen zu keiner Zeit die Frage stellen, ob die gesamte Menschheit überhaupt primitiv leben will. Sollte sie dies nicht wollen, gilt es hingegen, die Produktion der gesellschaftlich für notwendig erachteten Güter mit möglichst geringem ökologischem Impact zu bewerkstelligen. Hierbei können technische Innovationen von großem Nutzen sein, insbesondere in einer Wirtschaftsordnung, wo kapitalistische Profiterwägungen keine Rolle mehr spielen[8].

Die zentrale Kritik, die ich in „Kritik des Anarcho-Primitivismus“ aufgestellt habe, wird in „Against Anarchism“ vollständig ignoriert. Hierbei handelt es sich um die Frage, wie unter primitivistischen Bedingungen die Ernährung der Menschheit sichergestellt werden soll. Seriöse Schätzungen gehen, wie bereits ausgeführt, davon aus, dass sich mit einer primitivistischen Wirtschaftsweise maximal 100 Millionen Menschen weltweit ernähren können. Während einige Primitivist*innen[9] offen die Ausrottung der restlichen 6.900.000.000 Menschen fordern, wird diese Frage üblicherweise unbeantwortet gelassen. So lange aber diese Frage nicht beantwortet wird, erübrigt sich aus anarchistischer Perspektive jegliche Diskussion über den Primitivismus.

---

[5]: *Abrufbar unter: http://www.jofreeman.com/joreen/tyranny.html*

[6]: *Was, wie und wieviel produziert wird, sollte selbstverständlich nach basisdemokratischen Prinzipien entschieden werden.*

[7]: *Dies wäre zB ohne einen grundlegenden Konsens, welche Sprache und welches Alphabet in der Kommunikation verwendet werden soll, nicht möglich. Ohne Kommunikation ist wiederum keine Gesellschaft möglich.*

[8]: *Zahlreiche massiv umweltschädliche Phänomene wie bspw. geplante Obsoleszenz sind dem Kapitalismus eigentümlich.*

[9]: *Wie der unsägliche Steven Booth.*

Termine

Hagen
Buchlesung und Diskussion mit dem Autor Jürgen Grässlin: „Schwarzbuch Waffenhandel – Wie Deutschland am Krieg verdient“

03.07.2013, 19:30 Uhr
AllerWeltHaus Hagen, Potthofstr. 22, 58095 Hagen
mehr Info's: www.archiv-awh.org

Bonn
Vortrag: FdA – Was ist das? (Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen)

05.07.2013 19:00 Uhr
Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, Bonn
mehr Info's: asjbonn.blogsport.de/

Köln
Buchvorstellung: “iSlaves – Ausbeutung und Widerstand in Chinas Foxconn-Fabriken”

11.07.2013, 19.00 Uhr
Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstraße 9a, 51103 Köln
mehr Info's: gongchao.org/de/islaves-buch

Münster
Solidarische Landwirtschaft

12.07.2013, 19.30 Uhr
Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstraße 8, 48155 Münster
mehr Info's: fau-muensterland.de

Bochum
Buchvorstellung: “iSlaves – Ausbeutung und Widerstand in Chinas Foxconn-Fabriken”

12.07.2013, 19.30 Uhr
Soziales Zentrum, Josephstraße 2, 44791 Bochum
mehr Info's: gongchao.org/de/islaves-buch

Berlin
Solitresen des Belarus-Solikreises

15.07.2013, 21:00 Uhr
Kadterschmiede, Rigaerstraße 94, Berlin-Friedrichshain
mehr Info's: www.belarussolidarity.blogsport.de

Leipzig
Stolpersteinverlegung

16.07.13, 12:00 Uhr
Zentralstraße 11, Leipzig
mehr Info's: fau.org/ortsgruppen/leipzig

Freiburg
Szene – Klasse – Klassenkampf!?

18.07.2013, 20:00 Uhr
Susi BewohnerInnentreff, Vaubanallee 2, Freiburg
mehr Info's: linksunten.indymedia.org/de/node/85416

Berlin
Tresen der ASJ-Berlin

20.07.2013, 19 Uhr
Lunte, Weisestr. 53 (U8 Boddinstraße), Berlin
mehr Info's: asjberlin.blogsport.de

Berlin
Buchvorstellung: Erwin Jöris – aus den Fängen Hitlers ins sowjetische Arbeitslager

Freitag, 26.07.2013, 19 Uhr
Bibliothek der Freien, Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie Berlin
Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102
10405 Berlin – Prenzlauer Berg
mehr Info's: bibliothekderfreien.de

FdA hautnah

Regelmäßige Termine der Mitglieder in der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen.

BERLIN

Anarchistischer Stammtisch der Anarchistischen Föderation Berlin (AFB)

2. Donnerstag im Monat ab 19 Uhr
Tempest Library, Reichenberger Str. 63a, 10999 Kreuzberg
(U1 Görlitzer Bhf, M29 Ohlauer Str.)

4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr
Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg
(U2 Eberswalder Str. / U8 Rosenthaler Platz)

Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)

Tresen: jeden 2. und 4. Freitag im Monat ab 21 Uhr
Erreichbar, Reichenberger Str. 63a (Eingang im 2. Hinterhof)
Jeweils mit dem Büchertisch der A**FB**

Vokü: jeden 3. Dienstag im Monat ab 21 Uhr
F54, Friedelstraße 54, Neukölln

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen

Auf Anfrage mit mindestens 3 Wochen Vorlauf

an: *akfreizeit@riseup.net*

Wanderungen, Übernachtungen,politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Solidaritätsbrunch der Tierrechtsgruppe Dresden

Jeden 1. Sonntag im Monat ab 11 Uhr, (4-6 Euro Spende erbeten)
AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39, Dresden-Hechtviertel

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden

Jeden 2. Mittwoch 20 Uhr in der Kneipe „Trotzdem"
Alaunstr. 81, Dresden-Neustadt

und 4. Freitag, 20 Uhr, in der Kneipe des „riesa efau"
Adlergasse 14, 01067 Dresden in Dresden-Friedrichstadt

Offenes Plenum der Tierrechtsgruppe Dresden

Jeden 2. Donnerstag im Monat, 20 Uhr
AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39, Dresden-Hechtviertel

Offenes Treffen der psychiatrie-kritischen Gruppe Projekt Ikarus

Jeden 3. Mittwoch im Monat, 19 Uhr
AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39, Dresden-Hechtviertel

Probe des libertären Chors des AK Freizeit

Jeden 4. Freitag im Monat, 18 Uhr
WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden Löbtau

HEIDELBERG

A-Kneipe
Jeden 1. Samstag im Monat, ab 19.30 Uhr
im Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg-Altstadt

KÖLN

A-Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe Köln
Jeden 2. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr in der Nantonka-Bar
Autonomes Zentrum Kalk, Wiersbergstrasse 44, 51103 Köln

KARLSRUHE

Offenes Treffen der Libertären Gruppe Karlsruhe
Jeden 2. Dienstag ab 19 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Volxküche der Libertären Gruppe Karlsruhe
Jeden 3. Donnerstag ab 19 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Offenes Treffen der FAU Karlsruhe
Jeden 1. Samstag ab 15 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag um 18 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündinis Ludwigsburg (LB)²
Jeden 4. Mittwoch
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

MANNHEIM

Volxküche der Anarchistischen Gruppe Mannheim (AGM)
Jeden 1. Sonntag ab 19:00 Uhr
im ASV, Beilstraße 12 (Hinterhaus), 68159 Mannheim

Radio Libertad – libertäre Nachrichtensendung der AGM auf Radio Bermudafunk (89,6 in Mannheim 105,4 in Heidelberg)
Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat von 13:00 – 14:00 Uhr

PFORZHEIM

Jeden Dienstag Lesekreis in der alten Fabrik

Bitte vorher anmelden unter: *alerta@kommunikationssystem.de*

STUTTGART

Schwarz Roter Tresen der FAU Stuttgart
jeden ersten Mittwoch im Monat, 20:00 Uhr
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

WITTEN (Ruhrgebiet)

Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe östliches Ruhrgebiet

jeden letzten Freitag im Monat, ab ca. 19.00 Uhr

Trotz allem, Augustastraße 58, Witten

FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist.
Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt.
Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend.
Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
www.fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
www.i-f-a.org

A4-Druckereikollektiv (Zürich)
Kontakt: info@a4druck.ch
www.a4druck.ch

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: afb@riseup.net
www.afb.blogsport.de

Anarchistisches Radio Berlin
Kontakt: anarchistischesradioberlin@gmx.de
www.aradio.blogsport.de

Bildungsgruppe Berlin
Kontakt: herrschaftsalarm@gmx.de

Gruppe X Berlin
Kontakt: afb@riseup.net

Anarchistische Gruppe Neukölln
Kontakt: agn-berlin@riseup.net
www.anarchistischegruppe.noblogs.org

Anarchistische Gruppe östliches Ruhrgebiet
Kontakt: agoer@riseup.net
www.afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Köln
Kontakt: ag-koeln@riseup.net
www.agkoeln.blogsport.de

Anarchistisches Netzwerk Südwest*
Kontakt: info@a-netz.org
www.a-netz.org

AG K.A.R.O Mainz
Kontakt: agkaro@riseup.net
http://agkaro.blogsport.de

alert|a Pforzheim
Kontakt: alerta@kommunikationssystem.de
www.alertapforzheim.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Freiburg
Kontakt: kontakt@ag-freiburg.org
www.ag-freiburg.org

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
www.anarchie-mannheim.de

Anarchistisches Netzwerk Tübingen
Kontakt: anarchistisches-netzwerk-t@riseup.net
www.ant.blogsport.de

Emanzipatorische Gruppe Konstanz
Kontakt:
emanzipatorische-gruppe@systemausfall.org
www.emanzipatorischegruppe.blogsport.de

FAU Karlsruhe
Kontakt: kontakt@fau-karlsruhe.org
www.fau-karlsruhe.org

FAU Stuttgart
Kontakt: faus@fau.org
www.faustuttgart.blogsport.de

Libertäres Bündnis Ludwigsburg (LB)²
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
www.lblb.pytalhost.de

Libertäre Gruppe Heidelberg
Kontakt: libertaeregruppe-hd@posteo.de
www.anarchieheidelberg.blogsport.de

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
www.lka.tumblr.com

Nigra
Kontakt: nigra@riseup.net
www.nigra.noblogs.org

Initiative Anarchistische Föderation Nord
Kontakt: freievereinbarung@riseup.net
www.iafn.noblogs.org

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
www.karakok.org

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: nico@mynona.de

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: linetdd@riseup.net
www.libertaeres-netzwerk.info

Allgemeines Syndikat Dresden
Kontakt: faudd@fau.org
www.fau.org/ortsgruppen/dresden

Projekt Ikarus Dresden
Kontakt: projekt-ikarus-dresden@autistici.org
www.wahnsinnistunsinn.noblogs.org

Tierrechtsgruppe Dresden
Kontakt: tierrechtsgruppe_dd@riseup.net
www.tierrechtsgruppedd.blogsport.de

AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
www.libertaeres-netzwerk.org

IK Dokumentation
www.libertaeres-netzwerk.org